

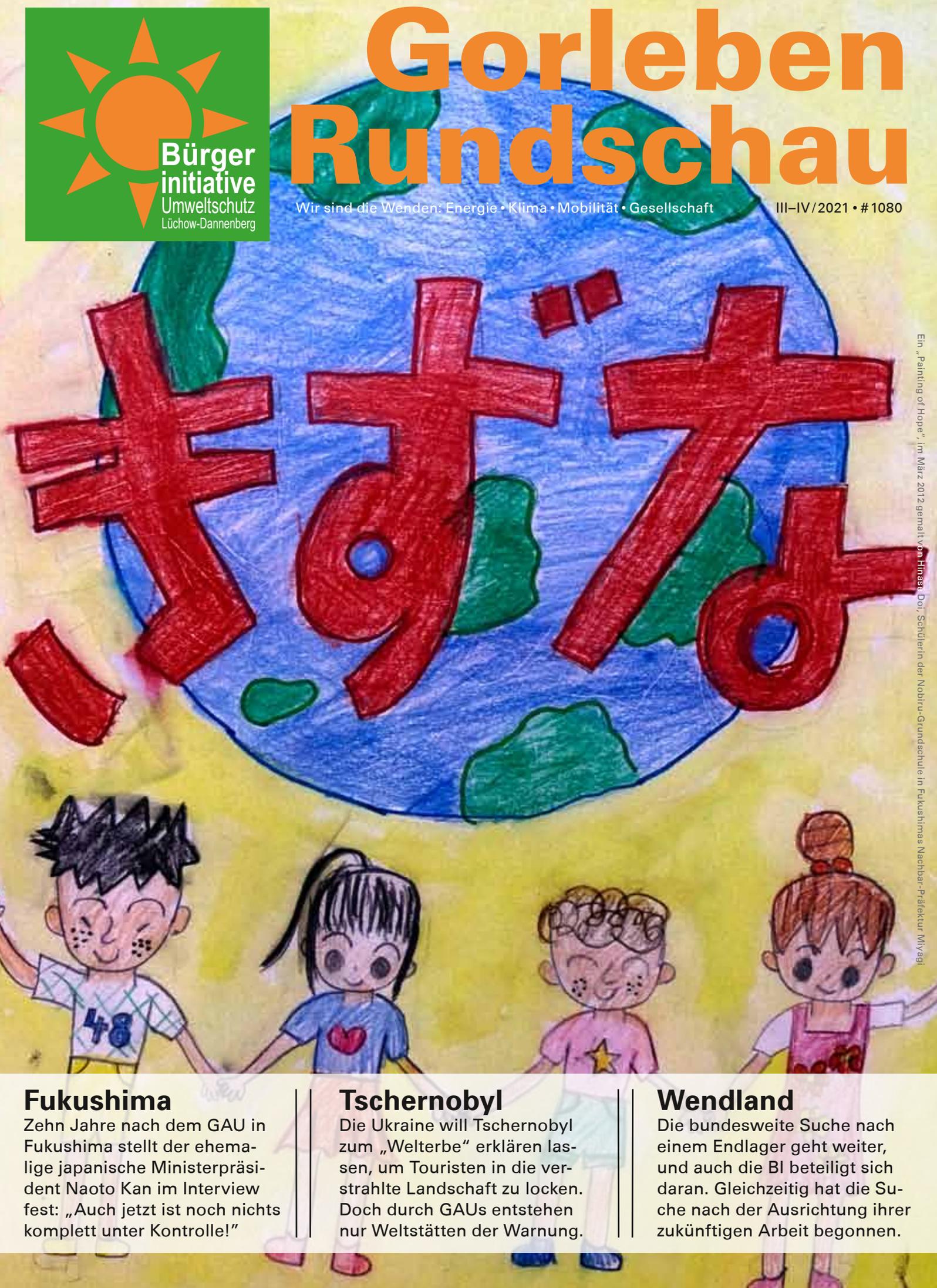


**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

III-IV/2021 • # 1080



Ein „Painting of Hope“, im März 2012 gemalt von Hirase Doi, Schülerin der Nobiru-Grundschule in Fukushima's Nachbar-Präfektur Miyagi

Fukushima

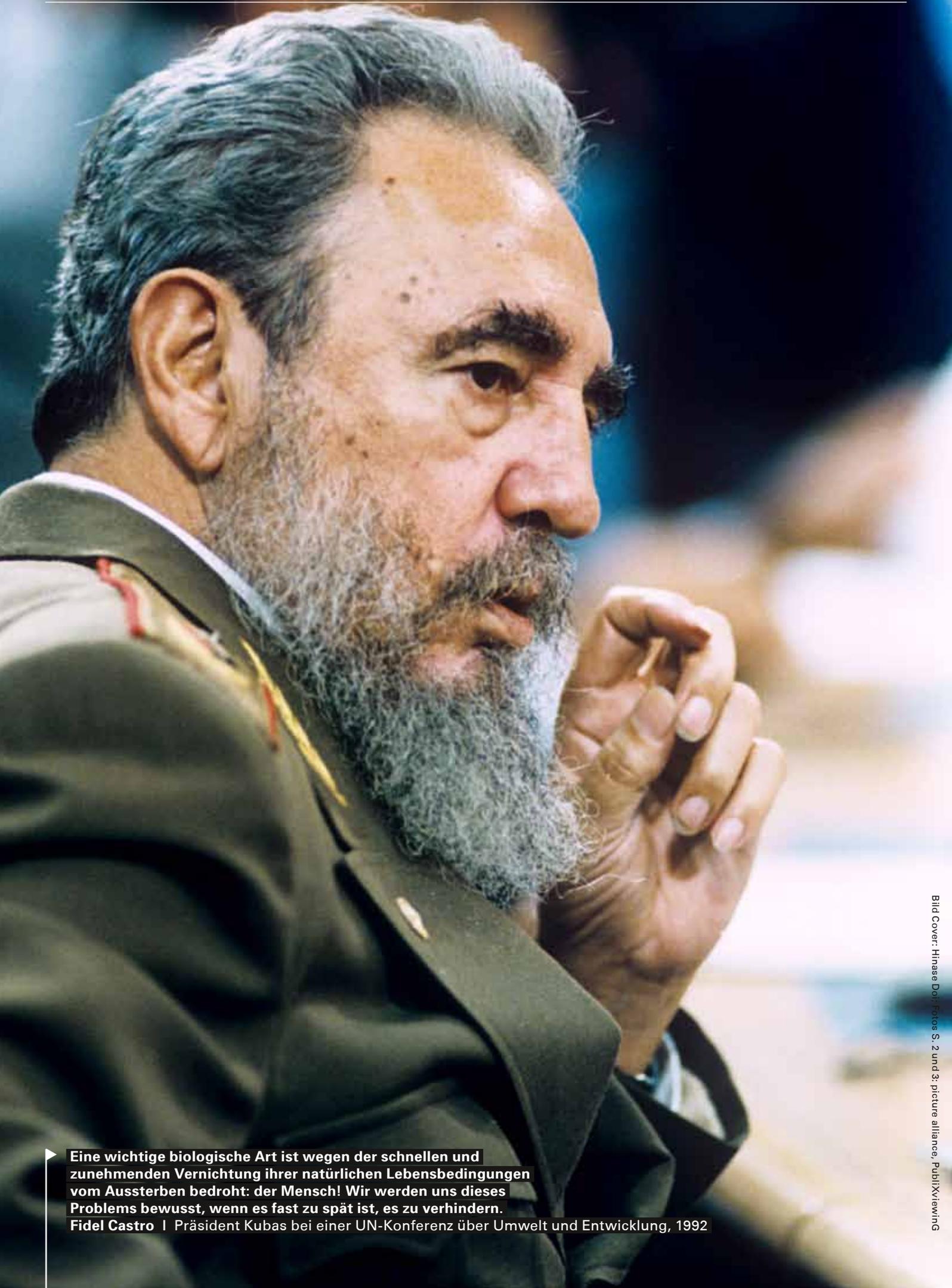
Zehn Jahre nach dem GAU in Fukushima stellt der ehemalige japanische Ministerpräsident Naoto Kan im Interview fest: „Auch jetzt ist noch nichts komplett unter Kontrolle!“

Tschernobyl

Die Ukraine will Tschernobyl zum „Welterbe“ erklären lassen, um Touristen in die verstrahlte Landschaft zu locken. Doch durch GAUs entstehen nur Weltstätten der Warnung.

Wendland

Die bundesweite Suche nach einem Endlager geht weiter, und auch die BI beteiligt sich daran. Gleichzeitig hat die Suche nach der Ausrichtung ihrer zukünftigen Arbeit begonnen.



Eine wichtige biologische Art ist wegen der schnellen und zunehmenden Vernichtung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch! Wir werden uns dieses Problems bewusst, wenn es fast zu spät ist, es zu verhindern.

Fidel Castro | Präsident Kubas bei einer UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, 1992

Als ich im Winter 2014 mit Greenpeace nach Fukushima kam, traf ich dort neben anderen Zeugen der nuklearen Katastrophe auch den Milchbauern Herrn Hasegawa. Während seines bedrückenden Berichtes schweiften meine Gedanken immer wieder ab zu meinem langjährigen Nachbarn von der Bäuerlichen Notgemeinschaft. Erst anhand der persönlichen Schicksale wurde mir richtig klar, dass hier in Japan real eingetreten war, wogegen wir im Wendland und anderswo Jahrzehnte gekämpft hatten. „Wir können unseren Boden nicht einrollen und mitnehmen“ sagten unsere Bauern. Denn sehen konnte man die fatalen Folgen nicht, nur die Verwüstungen des Tsunamis und die absurden Reste der hilflos anmutenden Aufräumarbeiten und „Dekontaminierungen“. Der Gemüsegärtner Herr Kanno schilderte, was es hieß, nie wieder auf seine geliebten Äcker zu dürfen, Frau Sugano rang schwer um ihre Fassung, als sie erzählen musste, dass sie aus Unkenntnis ihre Kinder noch lange im Garten spielen ließ, dessen Boden sich bei einer Untersuchung als Atommüll herausstellte, und Herr Idogawa, adeliger Bürgermeister der evakuierten Stadt Futaba, berichtete von der restlosen Zerstö-



▶ **Martin Donat ist erster Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg**

rung seines uralten Gemeinwesens, dem die Atomindustrie haltlose Versprechungen von Sicherheit gemacht hatte. Es ist kulturell begründet, dass alle diese Zeugen nur sachlich und distanziert berichten. Erst als das Ehepaar Okawara, das früher einen Bioladen und nun eine unabhängige Messstation für Kindernahrung betrieb, ihre Erlebnisse in einem Puppenspiel darstellte, dessen Handpup-

pen ihren Gefühlen Ausdruck verleihen durften, brach es aus uns heraus. Und erst später mischte sich unter die Trauer und das Entsetzen über die Dimension der Katastrophe auch die Wut.

Die letzte Nacht in Japan durfte ich in Gesprächen mit dem in Japan lebenden Journalisten und Filmemacher Pio d’Emilia verbringen, einem Freund und Vertrauten des damaligen Premierministers Naoto Kan und er berichtete, wie dieser von einem politisch-industriellen Komplex abserviert wurde, nachdem er unter den Eindrücken der Fukushima-Katastrophe zum vehementen Atomkraftgegner geworden war.

Zwei Jahre später kam Naoto Kan auf Einladung des internationalen Literaturfestivals „Lesen ohne Atomstrom – die erneuerbaren Lesetage“ nach Hamburg und machte deutlich, dass es ihm ernst ist mit der Forderung nach dem Atomausstieg. Seine Worte sollten in der internationalen Politik einiges Gewicht haben, denn er war der Premier eines Landes, das seinen Energiebedarf ursprünglich zu einem Drittel aus Atomstrom deckte und schlagartig gezwungen war, diesen Anteil auf Null zu senken. Obwohl dies aber möglich war, will eine andere Regierung in Japan nun auf dem Weg zur Klimaneutralität nicht nur an der Atomkraft festhalten, sondern sogar eine Plutonium-Wiederaufarbeitungsanlage in Betrieb nehmen, deren Start schon 24 Mal verschoben wurde und die jährlich zehnmal mehr Tritium ins Meer einleiten wird, als in Fukushimas 1000 Wassertanks lagert. Der wahre Hintergrund ist jedoch der Versuch, den in Japan lagerten Stoff für 6000 Atombomben im Brennstoffkreislauf zu halten. Denn in Japan gibt es weder ein Zwischenlager, noch kann es in dem Erdbeben-geschüttelten Land ein Endlager geben...

Radioaktivität kennt keine Grenzen. Unser Widerstand auch nicht! Eine erneuerbare Zukunft kann es nur ohne den Irrsinn der Atomindustrie geben!

Impressum

43. Jahrgang
Ausgabe 1080
März, April 2021

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

22. Februar

Unter dem Titel „Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens: Über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Widerstands gegen Hege- monialmächte“ hat die BI zum 44. Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens für ein – weit- gehend verhindertes – Nukleares Entsorgungszentrum zu einer Diskussion per Zoom-Konferenz eingeladen. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin Anja Marwege. Die Idee entsprang einer Kontroverse innerhalb des BI-Vorstands: „Sollten wir den Tag aus dem Wider- standsgedächtnis streichen? Wo steht die BI heu- te, nachdem der Salzstock Gorleben-Rambow nach über 40 Jahren Widerstand als künftiges Atommüllendlager aus dem aktuellen Suchverfah- ren herausgeflogen ist? Welche Arbeitsschwer- punkte werden in der Zukunft an Bedeutung ge- winnen“? Antworten gibt es im Artikel ab Seite 16.

16. Februar

Die CDU im Gartower Gemeinderat ist mit einem Vorstoß für die alternative Nutzung der „Räumlich- keiten“ unter Tage im Bergwerk Gorleben gescheitert. Nun fordert sie, wie die Mehrheit der Abgeord- neten im Lüchow-Dannenberg Kreistag, die Bun- desrepublik Deutschland auf, „die Schachtanla- ge (...) schnellstmöglich zu verfüllen, die Salzhalde rückzubauen und zu renaturieren.“Eine Nachnutzung der obertägigen Flächen und Gebäude ist dagegen schon lange in allen Fraktionen im Gespräch. Beson- deres Augenmerk wird dabei auf einen „Windpark im Wald“ gelegt, für den es enthusiastische Befür- worter, aber auch erbitterte Gegner gibt.



18.01.

16.02.

16.02.

22.02.

Zu den prägenden Geschichten des Lan- des Niedersachsen gehört der Gorleben- Konflikt, und ein besonderer Gegenstand aus dem Widerstand hat nun Eingang in eine Präsentation des NDR gefun- den: Der Traktor von Landwirt Horst Wie- se aus Gedelitz, mit dem er im Jahr 1979 am Hannover-Treck teilnahm. Anlässlich des 75-jährigen Bestehens des Bundes- landes hat der Sender eine Serie gestar- tet: Wer die niedersächsische Geschich- te erlebt und ein persönliches Erinne- rungsstück dazu hat, kann im Fernsehen oder im Hörfunk unter der Rubrik „Klei- ne Dinge – große Geschichte“ einen Bei- trag leisten. Zur 75-Jahr-Feier plant der NDR eine Ausstellung mit 75 dieser Erin- nerungsstücke - eine Sammlung vom Pu- blikum fürs Publikum. Ob Wieses Trecker dann dabei ist, ist noch unklar.

Meldung vom 18. Januar

Nach dem Aus darf im Salzstock Gorleben kein neu- es Bergwerk zur Salzförderung aufgebaut werden. Die- ser Ansicht sind die Gesellschafter der SALINAS Salzgut GmbH, die sich 1996 mit dem Ziel gründete, in Gorleben „Salz zu fördern, statt Atommüll zu lagern“. Nun ist das zentrale Anliegen erreicht und die GmbH wird sich auflösen. „SALINAS hat der Atomindustrie Stolpersteine in den Weg gelegt,“ so Geschäftsführer Christian Schön. Mithilfe juristischer Auseinandersetzungen um Abbaurechte hatte SALINAS das Endlagerprojekt deutlich verzögert. SALINAS-Käufer wissen, dass das von der Firma bisher vermarktete Speisesalz nicht aus dem Salzstock Gorleben-Rambow, sondern aus der niedersächsischen Saline Luisenhall stammt. Liebhaber müssen nicht so- fort auf SALINAS-Salz verzichten. Die Restbestände wer- den über das Unternehmen „Bio im Wendland“ noch ei- ne ganze Weile verkauft. Damit wird das Salinas-Salz zu- nächst auch weiter im BI-Büro erhältlich sein.

Meldung vom 16. Februar

Nachricht über die Facebook-Seite der BI

„Gorleben soll leben, ABER nicht vermüllen! Es ist eine Schande, wie sich die Widerstandsbewegung am Bergwerk Gorleben präsentiert. Jeden Sonntag treffen sich seit Jahrzehnten die Protestbürger an der Beluga vor den Toren des Bergwerks in Gorleben, um gemeinsam das Areal zu umrunden und im Anschluss einen Gedenkgottesdienst zu feiern. Und jeden Sonntag wird achtlos an dem Müllhaufen vorbeimarschiert bzw. sich genau dort versammelt. Wenn man sieht, dass die dafür vorgesehene Tonne schon überquillt, dann schmeißt man doch nicht noch mehr drauf?!“

Reaktion des Büroleiters der BI

„Meldepflichtiges Ereignis auf dem SALINAS Gelände, Gorleben. Das Büro der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. als die zuständige entsorgungsrechtliche Aufsichts- und Genehmigungsbehörde, wurde von der Betreiber/-in der privaten Facebook Gruppe „Kleinanzeigen“ fristgerecht über ein meldepflichtiges Ereignis gemäß der entsorgungsrechtlichen Sicherheitsbeauftragten- und Meldeverordnung (UnratSMV) informiert. Demnach wurde im Behälterbereich für Abfälle aus dem Sofortverzehr eine Freisetzung von Unrat aufgrund fehlerhafter Beladung des Behälters gemeldet. Das Ereignis ist der Kategorie X (UNES 0, keine oder sehr geringe sicherheitstechnische Bedeutung) zuzuordnen. Die aufsichtlichen Untersuchungen des Ereignisses erfolgten gemeinsam mit den hinzugezogenen Sachverständigen Uli F. und Reinhard C. Erforderliche Maßnahmen wurden nach der Bewertung der Untersuchungsergebnisse durchgeführt. Der Unrat wurde zur weiteren Verwertung abtransportiert und der Behälter vorsorglich komplett aus dem Verkehr gezogen.“



08.03.

Die Fukushima Mahnwache Dannenberg gedenkt zusammen mit der BI am 8. März den Opfern der Katastrophe von Fukushima. Unter Einhaltung der gültigen Corona-Bedingungen begrüßt sie alle Interessierten vor diesem traurigen Hintergrund, um die Lage in Japan zu erörtern und unserer Solidarität Ausdruck zu verleihen. Das Motto dieser Fukushima Mahnwache lautet „10 Jahre Fukushima – Alle AKW abschalten!“

► **Meldung für den 8. März**

08.03.

Der Zeitstrahl an den Atomanlagen in Gorleben wird aktualisiert. Er ist ein Magnet für viele Besucher/-innen. Auf wetterfesten Planen – gleich hinter der „Beluga“, dem Greenpeace-Schiff, das symbolhaft für das Stranden der Atomüllpolitik in Gorleben dort vor Anker gegangen ist – wird anschaulich die Geschichte des Anti-Atom-Widerstands im Wendland erzählt, beginnend mit den Plänen zur Errichtung eines Atomkraftwerks in Langendorf/Elbe im Jahr 1973. Doch bisher endet die Erzählung im Jahr 2014. Was in den letzten Jahren bis zum Ausscheiden des Endlagerbergwerks Gorleben aus der Endlagersuche im Herbst 2020 geschah, kann nun ergänzt werden: Die Stiftung „Atomerbe“ subventioniert die Fortsetzung und Verlängerung des Zeitstrahls mit einem Betrag in Höhe von 500 Euro, der von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) voller Freude entgegengenommen wurde.

► **Meldung für den 8. März**

HINWEIS

13. Januar

Das Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ hat sein zehnjähriges Bestehen bekanntgegeben. Damals waren rund 50 Teilnehmer/-innen aus der Anti-Atomkraft-Bewegung dabei. Sie stammten aus den Reihen der Linken und der Grünen sowie von Bürgerinitiativen aus dem Städtedreieck Aachen-Köln-Düsseldorf. Unter dem Slogan „Kreuz und quer geht nicht mehr“ wollten die AKW-Gegner Castor-Transporte verhindern – so auch die geplanten Transporte von 152 Castorbehältern mit hochradioaktivem Abfall von Jülich ins münsterländische Ahaus. In ihrem ersten Aufruf zur Protestkundgebung Ende Januar 2011 hieß es: „Es ist nicht vertretbar, den Menschen im Münsterland den Jülicher Atommüll und die damit verbundenen Risiken vor die Füße zu schütten – zumal der hoch verstrahlte Reaktorbehälter ohnehin in Jülich bleiben soll.“ „Die Jülicher Castoren stehen immer noch an Ort und Stelle – das kann unser Bündnis als Erfolg sehen. Gäbe es unseren Protest nicht, wären die Behälter inzwischen in Ahaus oder sogar in den USA“, bekräftigte Marita Boslar vom Aktionsbündnis anlässlich des Jahrestags. „Unser Bündnis plädierte von Anfang an für den Neubau eines möglichst erdbebensicheren Zwischenlagers in Jülich. Inzwischen sind zehn Jahre verstrichen und ein neues Atommülllager könnte bereits in Jülich stehen – wenn es gewollt wäre.“

3. Februar

Der „Weltatommüllbericht. Fokus Europa“ erschien zwar bereits im November 2019, aber seinerzeit nur in englischer Sprache. Nun hat die Heinrich Böll Stiftung der Grünen das Werk auch in deutscher Sprache herausgebracht. Eine PDF-Version des Werks kann unter www.WorldNuclearWasteReport.org heruntergeladen werden.



13.01.

28.01.

03.02.

Atomkraftgegner/-innen aus dem Emsland, dem Wendland und dem Münsterland haben nach einem Bericht in der „taz“ bei der Staatsanwaltschaft Osnabrück Strafanzeige gegen den Brennelementehersteller Framatome und seine Lingener Tochter ANF gestellt. Es bestehe der dringende Verdacht der mehrfachen unerlaubten Ausfuhr von Brennelementen. Darauf stehen nach bis zu fünf Jahre Haft. Zudem fordern die Anti-Atomkraft-Initiativen vom Bundesumweltministerium, dem für Exportgenehmigungen zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), wegen offensichtlicher Überforderung mit sofortiger Wirkung die Zuständigkeit für die Erteilung und Bearbeitung von Exportgenehmigungen im Atombereich zu entziehen. Als weitere Konsequenz aus den nun bekanntgewordenen Rechtsbrüchen müssten alle aktiven Export- und Transportgenehmigungen für Framatome/ANF sofort aufgehoben werden. Ziel müsse die Schließung der Brennelementefabrik Lingen sein, da der Betreiber nicht die im Atomgesetz zwingend geforderte Zuverlässigkeit aufweise.

Meldung vom 28. Januar

► 27. Februar

Anti-Atomkraft-Initiativen aus NRW und Niedersachsen sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Ärzteorganisation IPPNW fordern von der Bundesregierung ein sofortiges Ende der Atomkooperationen zwischen Deutschland und Russland, insbesondere auf dem Gebiet der Urananreicherung und der Brennelementefertigung. Anlass für den dringenden Appell sei die gewalttätige Repression gegen zahlreiche Demonstrationen in Russland im Zuge der unrechtmäßigen Verhaftung des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny. Zudem stelle sich die Frage, inwieweit die bestehenden Atomkooperationen gegen bereits existierende EU-Sanktionen verstießen. „Die Menschenrechtslage in Russland hat sich drastisch verschlechtert. Die staatliche Repression betrifft auch die Umweltbewegung, die sich gegen die Atomkraft und den Kohleabbau einsetzt. So musste die Ko-Vorsitzende der Umweltorganisation Ecodefense, Alexandra Koroleva, 2019 nach Deutschland ins Exil gehen. Eine weitere Zusammenarbeit Deutschlands im Bereich der Urananreicherung und der Brennelementefertigung ist nicht länger tragbar, zumal Russland genau wie andere Atomwaffenstaaten den Bau kleiner Modul-Reaktoren plant, die zum Beispiel für militärische Atom-U-Boote geeignet sein sollen,“ erklärte Dr. Angelika Clausen, die Europavorsitzende der IPPNW (Foto).



09.02

27.02

06.03.

Auf Twitter hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen offenbar verunglückten und damit ungewollt ehrlichen Tweet abgesetzt: „Die Hauptkritik, die am #Zwischenbericht #Teilgebiete bisher geübt worden ist, zielt darauf, dass er unvollständig ist. Warum genau das auch die Stärke des Zwischenberichts ist, erklärt BGE-Geschäftsführer Steffen Kanitz (Foto): „Denn damit machen wir der interessierten Öffentlichkeit ein Dialogangebot, bevor alles feststeht, bevor sie gar keinen Einfluss mehr auf den weiteren Verlauf der Arbeit nehmen kann.“

► **Meldung vom 9. Februar**

Für den 6. März lädt ein breites Bündnis aus Anti-Atom-Initiativen zur Kazaguruma-Demonstration nach Berlin ein. Anlass ist der zehnte Jahrestag des Super-GAU des japanischen AKWs Fukushima-Daiichi. „Die Risiken sind nach wie vor groß“, so die Veranstalter/-innen. „Dennoch will die Atomlobby das gefährliche und schmutzige Geschäft mit AKWs weltweit ankurbeln und behauptet, ohne Atomenergie erreiche man die Klimaneutralität nicht. Wir müssen uns entschieden diesem Wahnsinn entgegenstellen und deutlich machen, dass die Atomkraft keine Option gegen den Klimawandel, sondern eine akute Gefahr für uns und für die Umwelt ist.“ Die Demo beginnt am 6. März um 12 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin.

Meldung für den 6. März ◀



Gestohlenes Leben

Erlebnisbericht von Kenichi Hasegawa, ehemaliger Milchbauer aus Iitate bei Fukushima

Seit meiner Geburt lebte ich in Maeta, einem der zwanzig Weiler von Iitate. Mein ganzes Leben hatte ich dort verbracht, gut dreißig Kilometer nordwestlich von Fukushima. Unser Familienbetrieb besaß über fünfzig Kühe, außerdem züchtete ich Wildschweine. Fünfunddreißig Jahre lang hatte ich jeden Tag auf diesem Land gearbeitet, geschwitzt. Und in der Erwartung gelebt, dass meine Knochen in der Erde von Iitate begraben werden. Nie hätte ich mir vorstellen können, dass der Tag kommen würde, an dem ich mein Dorf verlassen müsste – schon gar nicht auf diese Weise.

Alles begann am 11. März 2011, mit dem GAU im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi. Im Fernsehen bemühte sich Yukio Edano, Regierungssprecher von Premierminister Naoto Kan, gemeinsam mit Wissenschaftlern die Öffentlichkeit zu beruhigen: „Seien Sie unbesorgt: Von der Anlage geht kein unmittelbares Gesundheitsrisiko aus.“ Ich glaubte ihnen. Immerhin befand sich unser Dorf mehr als dreißig Kilometer von der Havarie entfernt.

Bereits am 12. März vermutete ich allerdings, dass auch unsere Zone von der Strahlung betroffen wäre. Auf die erste Explosion im Atomkraftwerk waren drei weitere gefolgt. Und ich zog erstmals in Erwägung, meine Familie zu evakuieren – obwohl die Regierung weiterhin versicherte, dass die Strahlung nicht bis nach Iitate gelangen würde.

Für Menschen wie uns, die in den Gebieten jenseits des Dreißig-Kilometer-Rings um die Anlage lebten, hatte die Regierung weder Informationen noch Instruktionen. Was sollten wir also tun? Niemand wusste es. Während wir – und vor allem die Kinder – zunehmend hoher Strahlung ausgesetzt waren. Die gesamte Wasserversorgung unseres Dorfes, jeder Brunnen, war verseucht. Die Behörden stellten 965 Becquerel radioaktives Jod pro Kilogramm fest, ein Wert weit über dem vorläufigen Grenzwert von 300 Becquerel pro Kilo, den die Regierung festgesetzt hatte. Wasser gab es für die nicht evakuierten Einwohner nur noch aus Flaschen. Ich berechnete, wie viel Wasser meine Siedlung benötigen würde, und sorgte dafür, dass jeder Haushalt genügend Flaschen erhielt.

Im gesamten Osten Japans war das erntereife Gemüse verstrahlt. Der in der Nähe der Grenze zwischen Ibaraki und Fukushima angebaute Spinat wies einen radioaktiven Jodgehalt von 15020 Becquerel pro Kilo auf. Der vorläufige Grenzwert lag bei 2000. Die Lieferungen von Spinat und dem Gemüse Kakina aus Fukushima, Ibaraki, Tochigi und Gunma wurden am 21. März offiziell beendet. Am 25. März hielt Professor Noboru Takamura von der Universität Nagasaki einen Vortrag in unserem Gemeindezentrum, vor sechshundert Zuhörern. Die Essenz seiner Rede lautete: Sie haben nichts zu befürchten, „Nani mo mondai nai desuyo“, sagte er: „Alles kein Problem.“ Wir könnten wie bislang weiterleben, hieß es. Lediglich ein paar Vorsichtsmaßnahmen seien zu treffen, wie das Tragen einer Maske, wenn wir uns im Freien aufhielten.

Dankbar und erleichtert begrüßte unser Bürgermeister die Nachricht des Wissenschaftlers. Ich aber wollte mich nicht damit abfinden. Mir erschien die Situation alles andere als problemlos. Täglich mehrten sich die Anzeichen dafür, dass Iitate eine erhebliche Kontamination aufwies. Wir konnten weder das Wasser noch die Milch vor Ort trinken. Wir müssen jetzt handeln, sonst würden wir es später bereuen, dachte ich. Wir brauchen exakte Informationen. Und ich hatte nicht den Eindruck, dass wir sie von Professor Takamura erhielten.

Am 28. und 29. März sollte ein weiterer Professor, Herr Imanaka, vom Reaktorforschungsinstitut der Universität Kyoto, in Begleitung örtlicher Beamter in unser Dorf kommen. Um die Strahlungswerte in der Luft und im Boden zu messen. Die Werte lagen bei stündlich bis zu dreißig Mikrosievert. Werte ab zwanzig Mikrosievert kennzeichnen „Zonen mit hoher Dosis“, in denen sich Menschen nur noch mit absolut zwingendem Grund kurzzeitig aufhalten dürfen. Professor Imanaka jedoch sah die hier lebenden Menschen ihren alltäglichen Geschäften nachgehen. Eine gespenstische Normalität, die dem Strahlenexperten seltsam erschien – womit er Bürgermeister Kanno konfrontierte. Kanno bat ihn, seine Daten nicht zu veröffentlichen. Der Professor aber insistierte und betonte, dass Men-



Bei einem Vortrag in Australien erläutert der Landwirt Kenichi Hasegawa, wie sein Leben in Iitate durch den Super-Gau im AKW Fukushima Daiichi komplett verändert wurde.

schen sich in einem derart belasteten Gebiet nicht aufhalten sollten. Die unter Tränen vorgebrachte Frage des Bürgermeisters, ob es nicht irgendeine Möglichkeit gäbe, das Leben der Einwohner seiner Gemeinde wieder sicher zu machen, musste der Experte verneinen: „Diese Möglichkeit gibt es nicht.“

Bürgermeister Kanno aber versuchte weiter, die Daten zu verheimlichen. Und er lud sodann wieder neue, vermeintliche „Strahlenexperten“ zu Vorträgen ein. Am 1. April sprach Shunichi Yamashita bei uns im Gemeindefaal. Der emeritierte Professor der Universität Nagasaki hatte sich den Spitznamen „Mr. 100-Millisievert“ erworben, weil er behauptete, dass eine Strahlung von bis zu 100 Millisievert Strahlung pro Jahr wahrscheinlich für einen Menschen nicht schädlich wäre. Die Mitglieder des Gemeinderats und der Dorfvorsteher versammelten sich in einem Konferenzraum im zweiten Stock des Gemeindefaals, um Professor Yamashitas Vortrag zu hören. Die allgemeine Öffentlichkeit war bei dieser Veranstaltung nicht zugelassen. Auch den Medien wurde der Zugang verwehrt, Audio- und Videoaufzeichnungen waren streng verboten. Der Wissenschaftler empfahl, man solle der Regierung vertrauen, ihre Anweisungen befolgen und auf die Experten hören, die die Regierung schicken würde. Denn diese hätten Recht. Würden wir genau das tun, was sie uns sagten, gäbe es keine Probleme,

behauptete Professor Yamashita. So ging überall das Leben weiter seinen gewohnten Gang. Kinder spielten im Freien, Wäsche hing zum Trocknen, Bauern arbeiteten auf den Feldern. Ich war erstaunt – und entsetzt. Ich ging zum Büro der „Task Force“ im Gemeindehaus. Der Bürgermeister war nicht da, aber ich traf den Vorsitzenden des Dorfvorstands und seinen Stellvertreter. „Wir haben soeben gemessen“, sagte ich. „Die Strahlungswerte liegen bei 1 Millisievert pro Stunde auf dem Grund der Regenabflüsse. Kinder spielen draußen, als ob nichts wäre. Sie sind extrem hoher Strahlung ausgesetzt. Warum evakuieren Sie sie nicht? Was ist, wenn Babys aufgrund Ihrer Fehlentscheidung schreckliche Geburtsfehler und Krankheiten erleiden? Wollen Sie das? Werden Sie dafür die Verantwortung übernehmen? Wie können Sie tatenlos zusehen? Warum zum Teufel evakuieren Sie nicht?“

„Herr Hasegawa“, antwortete der Vorsitzende, „sogar die Agentur für nukleare und industrielle Sicherheit sagt, dass alles in Ordnung ist. Namhafte Professoren kamen her und versicherten, dass alles unter Kontrolle sei. Und falls wir unsere Produkte nicht auf den Markt bringen können, werden wir eine Entschädigung fordern.“ Es war offensichtlich: Niemand wollte hören, was ich sagte. Meine Gesprächspartner schienen einer Gehirnwäsche unterzogen. Es war sinnlos, mit ihnen zu debattieren. Exakt nach einem Monat dann vollzog Bürgermeister Kanno eine Kehrtwende: Er informierte die Bewohner von Iitate, dass die Regierung das Dorf nunmehr als „geplante Evakuierungszone“ ausgewiesen habe. Busse würden bereitgestellt, erklärte er. Die Evakuierung der Bewohner würde in der folgenden Woche beginnen. Los ging es dann aber erst nach zwei Wochen: Als erstes sollten Kinder unter drei Jahren evakuiert werden. Sie mussten von einem Elternteil begleitet werden. Traurig, aber wahr: In Iitate erfolgte die Evakuierung der Kälber schneller als die Evakuierung der Kinder. Jeder Tag, an dem die Kinder im Dorf blieben, erhöhte ihre Strahlenbelastung.

Erst am 2. August waren dann endlich alle Haushalte unseres Dorfes evakuiert. Ich selbst verließ den Ort zuletzt, nachdem ich



Demonstration in Brüssel knapp ein Jahr nach dem GAU in Fukushima. Grünen-Politikerin Rebecca Harms (r.) mit dem ehemaligen Gouverneur der Präfektur Fukushima Eisaku Sato und Kenichi Hasegawa (3. v. l.) mit seiner Ehefrau

mich vergewissert hatte, dass alle anderen sicher abgereist waren. Ich zog mit meiner Frau, meinem ältesten Sohn und seiner Familie sowie meinen Eltern nach Date. Wir erhielten ein „3K“-Haus – drei Zimmer plus Küche, möbliert dank der großzügigen Hilfe des Japanischen Roten Kreuzes. Es verfügte über einen Küchenschrank, einen Fernseher, eine Waschmaschine, einen Staubsauger und andere Elektrogeräte. Mitbringen mussten wir nur unsere Futons.

Ein Beamter des Verbandes der Milchbauern teilte mir mit, dass keine Milchlieferungen mehr erlaubt seien. Diese Nachricht war die Totenglocke für unsere Milchwirtschaft. Innerhalb weniger Wochen war der Betrieb, für dessen Aufbau wir seit Generationen so hart gearbeitet hatten, vollständig vernichtet. Wie sehr ich mich auch dagegen auflehnte, wie sehr ich mich bemühte, es zu verhindern: Die einzige Schlussfolgerung, die ich ziehen konnte, war, dass wir unseren Betrieb aufgeben mussten. In mein Tagebuch schrieb ich an jenem Tag: „Keine andere Wahl, als mit der Landwirtschaft aufzuhören.“

Ich wurde im Weiteren Zeuge der Entsorgung der Rinder: Die Familien aller Bauernhöfe gemeinsam verabschiedeten ihre Tiere. Als sich die mit ihren Kühen beladenen Lastwagen in Bewegung setzten, klammerten sich einige Frauen an die Ladefläche, weinten und entschuldigten sich bei ihren Tieren. „Es tut mir so leid!“, schluchzten sie, während sie hinter den fahrenden Transportern hinterherliefen. Viele versuchten die Transporte zu verhindern. Vergeblich. Doch die allerorten zu greifende Verzweiflung

war ansteckend. Bald weinten alle – auch ich.

Mein Freund, Shigekiyo Kanno, hatte auch einen Milchviehbetrieb – in der Gegend von Tamano in der Stadt Soma, nordöstlich von Iitate. Seine Situation ähnelte der unseren: Auch er konnte seine Milch nicht mehr verkaufen, auch er stand vor dem Ruin. Auch Shigekiyo hatte mit der Landwirtschaftskooperative den Abtransport seiner Tiere vereinbart. Doch als die Beamten kamen, fanden sie nur noch die Leiche meines Freundes. Shigekiyo hatte ein Seil an das Stahlgerüstdach des neuen Kompostschuppens gebunden, das andere Ende um seinen Hals gelegt. Dann war er auf einen großen Ballen gerollten Grases geklettert – und gesprungen. Zuvor hatte er mit weißer Kreide eine Nachricht an die Wand des Gebäudes geschrieben:

„10. Juni 2011 - 13.30 Uhr. Ich danke Dir, meine Schwester, dass du dich um mich gekümmert hast. Ich verdanke Dir so viel. Aber ich kann es nicht mehr ertragen. Es tut mir sehr leid.

Bitte bezahle mit dem Versicherungsgeld die Bauunternehmer, die den neuen Kompostschuppen gebaut haben. Zahle ihnen, was ich ihnen schulde.

An die verbleibenden Milchbauern: Geben Sie nicht nach! Es tut mir leid, dass ich nicht länger den Willen zur Arbeit habe.

An meine Frau und meine zwei Kinder: Es tut mir leid, dass ich ein nutzloser Vater war.“

Shigekiyo hinterließ zudem noch ein so genanntes Haiku – ein „Todesgedicht“. Es lautete: „Ein Milchbauer – die Arme und Beine weggerissen. Von der Atomkraft.“



„ ... nichts komplett unter Kontrolle!“

Atomunfall Anlässlich des 10. Jahrestages des dreifachen Super-GAUs im Atomkraft Fukushima Daiichi in Japan sprach Wieland Wagner mit dem damaligen japanischen Ministerpräsidenten Naoto Kan. Am Tag vor dem Interview ereignete sich vor der Küste der Präfektur Fukushima erneut ein schweres Erdbeben.

▷ Zunächst, Herr Kan, die Frage, wie Sie und Ihre Familie das heftige Erdbeben gestern überstanden haben.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Anteilnahme. Das Erdbeben hat mich auch sehr schockiert, und meine Sorge war natürlich sofort, dass es auch wieder Auswirkungen auf das AKW in Fukushima haben könnte. Das war glücklicherweise wohl nicht der Fall.

▷ Wie haben Sie die Stunden des Reaktorunfalls im März 2011 erlebt? Was war für Sie der schlimmste Moment?

Ich erinnere mich, dass die Strahlung das Dorf Iitate sehr früh erreichte und unsere Regierung darauf zu spät reagiert hat. Das hat schlimme Situationen für Menschen wie Herrn Hasegawa verursacht [s. Artikel S. 8, *Anm. d. Red.*]. Das tut mir sehr, sehr leid! Der Reaktorunfall ereignete sich

am 11. März. Es kam dann sehr schnell zu einem melt-through von drei Atommeilern. Wäre auch noch der vierte Reaktor havariert, dann hätten auch Menschen aus Tokio für längere Zeit evakuiert werden müssen. Das wäre das schlimmste Szenario gewesen. Da ging es wirklich um die Frage, ob Japan als Land überhaupt weiter existieren kann. Und der GAU hätte auch andere asiatische Länder involvieren können. Es war eine sehr, sehr schwierige Zeit.

▷ Sie haben damals erwogen, Tokio zu evakuieren – insgeheim allerdings, ohne die Bevölkerung in Panik zu versetzen. Wäre es denn überhaupt möglich gewesen, den riesigen Ballungsraum Tokio mit seinen über 30 Millionen Menschen umzusiedeln?

In meinem Kopf spielte ich dieses Szenario ständig durch. In Tokio gab es 1923 das schwere Kanto-Erdbeben. Damals gab es eine Art

Katastrophen-Gesetz, das aber 2011, zum Zeitpunkt des Tsunami in der Region Fukushima, nicht mehr in Kraft war. Es gab also nach dem GAU keine richtige Entscheidungsgrundlage, trotzdem musste ich eine mögliche Evakuierung durchspielen. Am Ende hatten wir großes Glück, dass es so weit nicht gekommen ist. Das war Glück im Unglück sozusagen. Wir haben es den Streitkräften und den vielen Arbeitern zu verdanken, die bis zuletzt vor Ort dafür gekämpft haben, die Katastrophe unter Kontrolle zu bringen. Sicher war auch viel Zufall dabei, und vielleicht hatten wir auch den göttlichen Beistand, sonst wäre es – so meinen auch die amerikanischen Atomaufsichtsbehörden – vielleicht auch im vierten Reaktor zur Kernschmelze gekommen. Dann wäre zusätzlich eine ungeheure Menge Strahlung freigesetzt worden, die dann auch eine Evakuierung noch viel größerer Regionen erforderlich gemacht hätte.

► Die Manager des Reaktorbetreibers TEPCO haben die Bevölkerung ja erst sehr spät nach den Kernschmelzen informiert. Wie haben Sie die Leute erlebt, die die eigene Bevölkerung so lange im Unklaren ließen? Ich erinnere mich zum Beispiel an eine dramatische Szene, als Sie morgens um fünf in das Hauptquartier von TEPCO fuhren und die Manager geradezu anflehten, sie mögen die Reaktorruine nicht aufgeben.

Die Informationen, die mich von TEPCO erreichten, waren ziemlich ungenau und kamen auch viel zu spät. Am Tag nach dem Erdbeben und dem GAU ging ich darum ins Hauptquartier von TEPCO und flog dann im Anschluss nach Fukushima und sprach mit dem dortigen Betreiber, der durchaus sehr bemüht war, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Am 15. März aber ereilte mich die Bitte des Vorstandsvorsitzenden von TEPCO, sein Personal vom AKW abziehen zu dürfen, weil es zu gefährlich sei, dort zu arbeiten. Natürlich verstand ich seinen Wunsch, aber die Havarie des Atomkraftwerkes machte es einfach erforderlich, dort weiterzuarbeiten. Wenn niemand von TEPCO dortgeblieben wäre, hätte sich die Katastrophe immer weiter ausgebreitet und wäre komplett unkontrollierbar geworden. Deswegen habe ich Anweisung gegeben, das Personal in Fukushima zu belassen. Mein Besuch um fünf Uhr morgens hatte den Zweck, die Führungsriege von TEPCO von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

► Schon 2013, als Japan sich um die Olympischen Spiele bewarb, erklärte der damalige Premierminister Shinzo Abe, die Ruine in Fukushima sei unter Kontrolle. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage? Ist Fukushima wirklich sicher?

Die Worte „Es ist alles sicher!“ halte ich für komplett falsch. Insgesamt kann man nicht von einer sicheren Lage sprechen. Damals, 2013, konnte man nicht verhindern, dass sehr viel verstrahltes Wasser ins Meer floss. Und auch jetzt noch, bei starken Niederschlägen, passiert es, dass kontaminiertes Wasser in die Umgebung gelangt. Das heißt: Auch jetzt ist noch nichts komplett unter Kontrolle. Das gestrige Erdbe-



► Eine Wolke radioaktiven Rauchs entweicht aus Block 3 des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi. Sie ist Folge der dritten Wasserstoffexplosion am 14. März 2011

ben hat mich zusätzlich in große Sorge versetzt.

Die Reaktoren eins, zwei und drei befinden sich ja immer noch im Stadium einer Kernschmelze, das radioaktive Material hat sich am Boden des Sicherheitsbehälters gesammelt. Dieser atomare Debris setzt sehr viel Radioaktivität frei. Die drei Reaktoren, die nun stillgelegt werden, sollen zwar innerhalb der nächsten zig Jahre komplett gesäubert werden. Doch das halte ich nicht für realistisch. Ich habe mich natürlich auch viel mit Tschernobyl befasst, seit diesem Unglück sind rund 40 Jahre vergangen. Auch da hat man die Lage nur sehr langsam unter Kontrolle bringen können, und auch da gelang es nur durch den über das Kraftwerk gestülpten Sarkophag, irgendwie zu verhindern, dass weitere Radioaktivität austritt. Die Situation in den Reaktoren eins bis drei des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi ist vielleicht sogar noch verheerender als die in Tschernobyl.

Man sollte also nicht allzu optimistisch sein, dass in Fukushima alles in nur wenigen Jahrzehnten unter Kontrolle sein wird.

► Die Strahlung in unmittelbarer Nähe der Kernschmelzen ist viel zu hoch, als dass sich Menschen dort aufhalten könnten. Darum entwickelt die Betreibergesellschaft TEPCO derzeit

Spezialroboter, die in der Lage sein sollen, den Debris, also die geschmolzene Masse aus Stahl, Beton und Teilen von Brennstäben, zu bergen. Für wie realistisch halten Sie es, dass diese Roboter demnächst zum Einsatz kommen?

Diese Roboter müssen mit sehr viel Elektronik ausgestattet werden – zum Beispiel mit Sensoren, die das „Sehen“ möglich machen. Die sind aber sehr anfällig für Strahlung, vielleicht sogar verletzlicher gegenüber Radioaktivität als Menschen. Es ist in dem Bereich schon viel Forschung geleistet worden, aber dass das Herausholen von Debris aus den Reaktorbehältern jetzt schon möglich ist, wage ich zu bezweifeln.

Ich bin natürlich dafür, hier weiter zu forschen, und natürlich hoffe ich, dass es möglich sein wird, das Debris in den nächsten zehn, zwanzig Jahren zu bergen, aber es fehlt mir momentan noch der Glaube, dass das gelingen wird.

► In Deutschland wurde unter dem Eindruck der Reaktor Katastrophe von Fukushima der Atomausstieg beschlossen. Japan fuhr die ersten Meiler ein Jahr nach dem GAU wieder hoch. Was muss noch passieren, dass Japan genug hat von der Kernenergie?

2022 sollen in Deutschland alle Atomkraftwerke abgeschaltet

sein. Ich finde das eine wunderbare Entscheidung. In Japan dagegen glauben viele Menschen, weil immer nur so darüber berichtet wird, dass mehr und mehr Reaktoren wieder in den Betrieb gehen. Tatsächlich aber sind derzeit weniger als eine Handvoll AKWs am Netz. Wir sind eigentlich schon jetzt in der Lage, unseren Energiebedarf durch andere Träger zu erzeugen. Derzeit hat die Atomkraft einen Anteil von nur drei Prozent an unserer Stromerzeugung. Bei den erneuerbaren Energien liegt der Anteil mittlerweile bei fast zwanzig Prozent, zum Zeitpunkt der Nuklearkatastrophe waren es nicht einmal zehn Prozent. Wenn wir also in der Lage sind, erneuerbare Energien weiter auszubauen, brauchen wir überhaupt keinen Atomstrom und auch keine fossilen Energieträger mehr. Ich glaube wir haben genug natürlichen



Strom. Schon Ende letzten Jahres habe ich das in einem Schreiben dem jetzigen japanischen Premierminister mitgeteilt.

Wir haben in Japan vier Millionen Hektar Agrarfläche. Es sollte also möglich sein, zwar weiter Landwirtschaft zu betreiben, aber auf vielen Flächen auch Solarmodule zu installieren und Solar Sharing zu betreiben. Dafür gibt es schon viele Initiativen und erste Projekte. Experten haben kürzlich ausgerechnet, wieviel Strom dabei gewonnen werden könnte: zwei Billionen Kilowattstunden! Das ist das Doppelte dessen, was Japan derzeit an Strom benötigt. Es wäre jetzt schon möglich, und es ist eine sehr vielversprechende und CO₂-freie Technologie.

Japan muss – vielleicht sogar mehr als alle anderen Nationen – erneuerbare Energien weiter vorantreiben. Dadurch wird es möglich sein, null Atomstrom und null fossile Energieträger zu haben. Das ist kein Traum, sondern tatsächlich möglich.

▶ Japan hortet inzwischen 46 Tonnen Plutonium aus dem Betrieb seiner Kernkraftwerke. Viele Experten unterstellen Japan, dass es an der Kernenergie festhalte mit dem Hintergedanken, im Hinblick auf das aufrüstende China und auf Nordkorea irgendwann eine eigene Atombombe bauen zu können. Wie sehen Sie diese Gefahr?

Die aktuelle japanische Regierung verfolgt dieses Ziel wohl nicht. Die große Menge Plutonium aus dem Atom Müll der AKWs birgt aber eine andere Gefahr: Es gibt momentan von keiner Seite die – auch finanzielle – Bereitschaft, den Müll aufarbeiten zu lassen. Vorgeschoben wird daher die Hoffnung, ihn als Brennstoff in der so genannten vierten Generation von AKW zur Stromerzeugung einsetzen zu können – mit allen bekannten Ge-

fahren. Ich glaube allerdings, dass das nicht möglich, nicht effizient und nicht wirtschaftlich ist. Aber falls doch, hieße das ja, dass die große Menge Plutonium nur deshalb vorhanden ist, weil man nach wie vor an der Atomkraft festhält. Wir müssen diese Kette unterbrechen: Raus aus der Atomkraft, damit nicht immer mehr Plutonium entsteht, und danach Aufarbeitung oder Endlagerung des Atom Mülls.

Die aktuelle Regierung hat zwar gesagt, dass sie ein Netto-Null der CO₂-Emissionen erreichen will, aber sie hat sich nicht zu den Atomkraftwerken geäußert. Es besteht also die Gefahr, dass zur Erreichung des Ziels Atomkraftwerke wieder angefahren werden. Wenn wir uns an Deutschland messen lassen, sind wir in Japan schon zehn Jahre im Verzug. Aber ich glaube es ist noch nicht zu spät, endgültig aus der Atomkraft auszusteigen. Wir sollten in diese Richtung gehen.

▶ Wir sind sehr traurig!

Der einstige Milchbauer Kenichi Hasegawa lebt inzwischen wieder in dem ehemals evakuierten Dorf Iitate [s. Artikel S. 8, *Anm. d. Red.*]. Doch sein Leben ist zerstört.

„Seit dem Reaktorunfall sind nun sind ziemlich genau zehn Jahre vergangen: Ich lebe wieder auf unserem Hof in Iitate, zusammen mit meiner Frau und meinem Vater. Kühe besitzen wir nicht mehr, nur einen Hund.

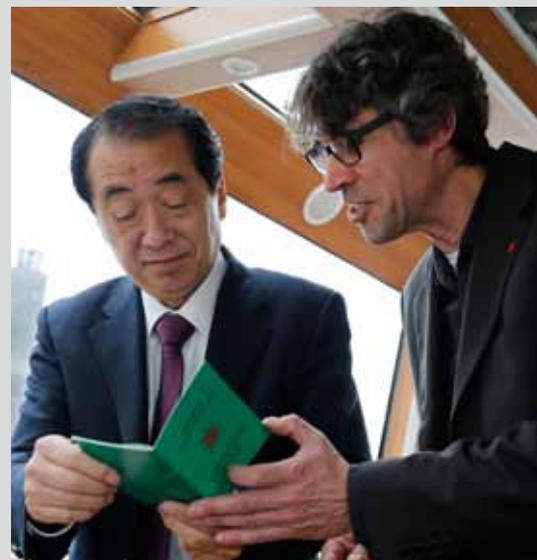
Was wir hier anbauen, will niemand kaufen – aus Furcht vor der radioaktiven Strahlung. Auch auf den umliegenden Bergen ist die Radioaktivität nach wie vor hoch; die Kräuter, die wir dort einst sammelten, sind unverzehrbar.

Unsere Nachbarschaft ist verwaist, nur wenige Menschen sind zurückgekehrt. Zwar könnte ich bei meinem Sohn leben, der mit seiner Familie in der Stadt Fukushima wohnt, aber dort hielte ich es nicht aus. Solange mein Körper mir gehorcht, will ich mich um unseren Grund und Boden kümmern – aber das bedeutet nur noch, dafür zu sorgen, dass unser Land nicht verwildert.

Im übrigen Japan verblasst die Erinnerung an die Reaktorkatastrophe: Der Regierung und den Medien ist unser Schicksal weitgehend egal – sie verstehen nicht, dass wir immer noch über den GAU reden. Es ist unendlich traurig.“

▶ Naoto Kan ist Freier Wende

Beim Besuch Naoto Kans in Hamburg im Jahr 2016 übergab der Vorsitzende der Bürginitiative Lüchow-Dannenberg, Martin Donat, dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Japan einen Pass und erteilte ihm die Mitgliedschaft in der Freien Republik Wendland. Kan war anlässlich des Literaturfestivals „Lesen ohne Atomstrom“ in die Hansestadt gereist.





Tschernobyl →

Vom Super-Gau zum UNESCO-Welterbe?



Atomunfall Während sich in Fukushima die Schwierigkeiten um die Bewältigung des Super-GAU vor zehn Jahren zuspitzen, will die Ukraine die Region um Tschernobyl zum „Welt-erbe“ erklären lassen, um Touristen in die verstrahlte Landschaft zu locken. Von Jan Becker

Seit dem GAU von Tschernobyl sind 35 Jahre vergangen. Hastig wurden nach der Explosion von Reaktorblock 4 Ende April 1986 zehntausende Menschen evakuiert. Es gab tausende Tote und Verletzte. Das Gebiet rund um das AKW gehörte einst zum Stolz der Sowjetunion, wurde vom radioaktiven Material aus dem Reaktor verseucht, eine lebensfeindliche Atmosphäre entstand. Prypjat, einst für die Arbeiter/-innen im AKW gebaut, ist seit dem GAU eine Geisterstadt. Die Natur mutiert: Heute gibt es um Tschernobyl sogar Pilze, die sich von Radioaktivität „ernähren“ sollen. Neben dem Sarkophag, einer gigantischen Metallhülle über dem Katastrophenmeiler, und fünf weiteren Reaktorblöcken im Abriss, befinden sich auf dem Gelände mehrere große Atommüll-Zwischenlager, in denen sich der hochradioaktive Abfall aus dem Betrieb der Anlage befindet. Die Sicherheitsbedingungen sind weit entfernt von deutschen Standards. Geplant wird derzeit mit einer Haltbarkeit aller Maßnahmen (Sarkophag und Zwischenlager) für etwa 100 Jahre.

Ausgerechnet diese Region will die Ukraine in diesem Monat als UNESCO-Welterbe vorschlagen. Mit Stand 2019 umfasst diese Liste 1121 Stätten in 167 Ländern, darunter die Victoriafälle in Sambia und Simbabwe, die Pyramiden von Gizeh oder die Chinesische Mauer. Laut den UNESCO-Statuten müssen die Stätten von „außergewöhnlichem universellen Wert“, „Meisterwerke des menschlichen schöpferischen Genies“ oder „Zeugnisse einer untergegangenen Zivilisation“ sein. Oder sie haben eine „Verbindung zu bedeutenden Ereignissen“ – was in Tschernobyl zweifelsfrei der Fall ist.

Die Ukraine will mit dem Welterbestatus „die zerfallenden Gebäude auch für künftige Generationen erhalten“. Vor allem soll aber der Tourismus in der armen Region gefördert werden, der ohnehin boomt: 2019 kamen 124000 Besucher – trotz des Strahlenrisikos. Urlaub in einer solchen Region müsste nach dem Minimierungsgebot des deutschen Strahlenschutzgesetzes eigentlich verboten sein: Radioaktive Niedrigstrahlung ist ein Jahrzehnte verharmlustes, nicht zu unterschätzendes Risiko für die Gesundheit. Gefährlich wird es zudem, wenn Touristen sich verbotenerweise „Souvenirs“ mitnehmen.

Der Super-GAU, eine unlösbare Herausforderung

Während die Ukraine also die Hinterlassenschaften von Tschernobyl „erhalten“ und

vermarkten möchte, werden die Arbeiter/-innen im japanischen Fukushima knappe zehn Jahre nach dem GAU vor neue, möglicherweise nicht lösbare Herausforderungen gestellt.

Nach neuen Messungen berichtet die japanische Atomaufsichtsbehörde NRA von „extrem hohen Radioaktivitätswerten“ an den Stahlbetondeckeln von den Blöcken 2 und 3. Die Strahlung betrage jeweils 10 Sievert/Stunde, laut NRA sei radioaktives Cäsium-137 mit einer Aktivitätsmenge von 20 bis 40 Peta-Becquerel in den Zwischenraum zwischen der zweiten und dritten, jeweils 60 Zentimeter dicken Deckelschicht von Reaktor 2 eingedrungen. Ein Mensch kann 10 Sievert/Stunde maximal eine Stunde überleben. Diese Funde an den einzigen Direktzugängen zum Inneren des Reaktors würden sich „massiv“ auf den gesamten Prozess der Stilllegung auswirken, heißt es von der Behörde.

Das bisherige Konzept sah eine Flutung der Reaktorbehälter mit Wasser und einem anschließenden Abheben der Deckel vor. Von oben sollte dann der geschmolzene Brennstoff (Corium) entfernt werden. Eine in dieser Form technisch bislang nirgendwo realisierte Idee.

Caesium-137 hat eine Halbwertszeit von 30 Jahren, die Strahlung an den Deckeln nimmt also nur langsam ab. Damit muss der gesamte Prozess völlig neu geplant – oder sehr lange gewartet werden. Welche Rolle spielt es heute, dass der Betreiber des AKW schon kurz nach dem GAU versprochen hatte und bis vor kurzem betonte, dass binnen eines Jahrzehnts der geschmolzene Brennstoff geborgen werde? Expert*innen zweifelten schon damals an dem Projekt und dessen ehrgeizigem Zeitplan. Die „Bewältigung“ der Folgen einer schweren Reaktorkatastrophe dauert immer deutlich länger und ist deutlich komplizierter, als von den Verantwortlichen angekündigt. Und sie ist unendlich teuer.

Es sind Weltstätten der Warnung!

Mit den Stätten der GAUs, Tschernobyl und Fukushima, hinterlassen wir unseren nachkommenden Generationen keine Stätten von herausragender Architektur oder einmaliger Schönheit. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der Atomenergie: das unkalkulierbare Risiko schwerer Störfälle mit unvorstellbar katastrophalen Folgen, für deren Bewältigung es derzeit nichtmal technische Möglichkeiten gibt. Es entstehen damit Weltstätten der Warnung!

METRO GOLDWYN MAYER PRESENTA

BI UMWELTSCHUTZ LÜCHOW -



QUO VADIS

LEO GENN
PETER USTINOV

TECHNICOLOR

REGIA DI JOHN LEE MAHIN e S.H. BEHRMAN SONJA LEVIEN

DAI ROMANI DI HENRYK SIENKIEWICZ

DIRETTO DA MERVYN LeROY

PRODOTTO DA SAM ZIMBALIST



DANNENBERG

Weitermachen Nach dem Aus für Gorleben stellt sich für die größte und dienstälteste Bürgerinitiative des Landes die Frage, ob und wie sie künftig weitermachen soll. Die *Gorleben Rundschau* hat dazu eine Reihe von Mitgliedern und Sympathisanten der BI zu ihrer Meinung gefragt. Andreas Conradt fasst die Antworten zusammen.

Ein unscheinbarer Satz am Vorabend der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete brachte das Selbstverständnis einer ganzen Region gehörig durcheinander: „Gorleben ist raus!“ Plötzlich war nichts mehr wie in den 44 Jahren zuvor. Und auch, wenn die Treffen des Vorstands zum Zwischenbericht, die Vorbereitungen der zur Jubelfeier umfunktionierten Demonstration am 4. Oktober in Gorleben und die vielen Presseanfragen zum Aus des Salzstocks in den Tagen nach der Entscheidung der Bundesgesellschaft für Endlagerung noch oft trainiertes *Business as usual* suggerierten und keine Zeit fürs Innehalten erlaubten: Spätestens als am 4. Oktober die letzte Strophe des Lieds vom Lebensvogel in den Kiefernästen des Gorlebener Waldes verwehte, kroch in vielen die bange Frage hoch: „Und nun? Was kommt jetzt? Kommt überhaupt etwas?“

Das immerhin kann man wohl guten Gewissens schon heute mit einem Ja beantworten. In einer Umfrage unter zufällig angefragten Mitstreiter/-innen im Kampf gegen ein Endlager in Gorleben herrscht weitgehend Einigkeit, dass die BI auch in Zukunft noch wichtige Aufgaben zu erfüllen hat. Welche genau das sein werden, werden Mitglieder und Vorstand der Bürgerinitiative in den nächsten Monaten erkunden müssen.

► Anti-Atom-Arbeit

Eine Mehrheit der Befragten spricht sich für fortgesetzte Aktivitäten der BI im Verbund mit anderen Initiativen der nationalen und internationalen Anti-Atom-Bewegung aus. In diesem Themenkom-

plex wird immer wieder die Befürchtung genannt, eine Renaissance der Atomkraft könnte sich als vermeintliche Retterin des Klimas durchsetzen. „Das künftige zentrale Thema der BI kann eigentlich nur der Klimawandel sein. Vor allem vor dem Hintergrund, dass sich immer mehr Stimmen öffentlich für eine Rückkehr zur Atomkraft als dem einzig ‚vernünftigen‘ Ausweg aussprechen“, fasst Peter Bauhaus zusammen. Dass diese öffentlichen Stimmen verfangen könnten, befürchtet auch Rosi Schoppe: „Ich habe Umfragen gelesen, in denen junge Menschen, die sich für den Umweltschutz einsetzen, die Atomenergie als das kleinere Übel bezeichnen. Besonders erschüttert war ich, als solche Gedanken aus Kreisen von Greenpeace in Schweden ausgesprochen wurden. „Don’t nuke the climate!“, fordert darum auch die Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Donat.

Vor dem Hintergrund von Uranabbau und der ungezügelten Herstellung und dem Export von Brennelementen ergänzt Gesine Pieterek: „Ich finde es nach wie vor verlogen und beschämend, dass 10 Jahre nach dem Beschluss zum ‚Atomausstieg‘ Brennelemente exportiert werden. Wir sollten alle Initiativen unterstützen, die dies abstellen wollen.“ Einzelne BI-Sympathisanten sehen auch den gemeinsamen Kampf gegen den atom-militärischen Komplex als wichtige künftige Aufgabe der BI. Vom Persönlichem zum Allgemeinen kommt Gerhard Wiese in seiner Antwort: „Lange habe ich mich um die Beantwortung dieser Frage gedrückt, weil mir ja auch mit der sich verändernden Situation viele gern gesehene Men-

schen abhandeln kommen werden. Ich habe stets gestaunt über die Kompetenz, die sich im Laufe der Jahre in den Kreisen der Bürgerinitiative gefunden und eingebracht hat.“ Daraus habe sich in der bundesweiten Diskussion eine ernstzunehmende Bürgerbewegung entwickelt, die in internen Diskussionen eine angemessene Antwort gefunden und diese fachlich begründet vertreten habe. „Dieses erworbene Know-How für den Bereich der Atompolitik sollte erhalten und involviert bleiben bis der Atomausstieg vollzogen ist. Ich weiß nicht, wie man solch eine Bürgerinitiative von einem lokalen zu einem bundesweit agierenden Gesprächspartner macht. Aber das wird schon.“

► Endlagersuche

In diesen Bereich fällt auch die von den Befragten genannte Notwendigkeit, das aktuell laufende Verfahren der Endlagersuche weiter kritisch zu verfolgen und sich mit Vehemenz einzumischen: „Die Erfahrungen der BI gehören in die laufende Endlagersuche!“, fordert etwa Dirk Seifert vom Internetportal *umweltFAIRaendern*. Und Propst Stephan Wichert-von Holten schreibt in seiner Antwort: „Die BI ist keine Institution von gestern, sondern sie ist ein Orientierungspunkt für heute und morgen. Sie war mit der Widerstandsbewegung im Wendland ein Teil aktiver Demokratieentwicklung und ist in der derzeitigen sogenannten Bürgerbeteiligung im Endlagersuchprozess mit ihrer Erfahrung, Kompetenz und Demokratiereife unersetzlich, wenn Beteiligung nicht in bloßer Kommunikation stecken bleiben

soll.“ Hitzackers Museumsleiter Klaus Lehmann betrachtet die neue Endlagersuche gar nur als reines Feigenblatt: „Gorleben ist nicht gestorben. Die Arbeit, die in den Gremien von [dem BI-Vorsitzenden] Martin Donat und [Presse Sprecher] Wolfgang Ehmke geleistet wird, muss gemeinsam unterstützt und von der BI mitgetragen werden. Man will uns doch nur schläfrig machen und hoffen, die nächste Generation wird sich nicht mehr aufregen. Atomkraft ist noch immer der stille Dauerbrenner.“ Es sei notwendig, so auch Dieter Schaarschmidt, die „bundesweite Endlagersuche mit unserem Sachverstand und unserer Erfahrung zu begleiten.“ Das sieht auch die Journalistin Gabi Haas so: „Für mich ist klar, dass ich mich nach so vielen Jahren Widerstand gegen Gorleben weiterhin mitverantwortlich dafür fühle, dass das jetzt begonnene Standortsuchverfahren auf einen möglichst guten Weg gebracht wird. Das sollte aus meiner Sicht auf jeden Fall ein Schwerpunkt auch der künftigen BI-Arbeit sein. Erstens, weil dieses Verfahren ja letztlich das Ergebnis unserer eigenen jahrelangen politischen Arbeit und Forderungen ist. Und zweitens, weil die wendländische Protestbewegung über viel Erfahrung, Know-How und auch die nötigen Ressourcen verfügt, um den künftigen Suchprozess kritisch und vor allem konstruktiv zu begleiten.“

► Klimadebatte

Ähnlich häufig wie die Begleitung des Endlagersuchprozesses wurde die Notwendigkeit genannt, sich mehr noch als bisher in die Debatte um den Klimawandel einzubringen. „Die Energiewende muss komplett ohne fossile Energien gestaltet werden“, so der Ingenieur Bernd Ebeling. „Da muss erheblich mehr Druck aufgebaut werden.“ Wie das gehen könnte, skizziert Peter Bauhaus: „Dabei denke ich, dass wir als BI Umweltschutz versuchen sollten, hier vor Ort ganz konkrete Initiativen und Projekte auf die Beine zu stellen, die über den bisherigen Rahmen von Demonstrationen hinausgehen, aber auch mehr sind als das kleine Bisschen private Verhaltensänderung.“ Bisher habe sich die BI sehr erfolgreich gegen die Nutzung der Atomkraft gewehrt. Es sei wichtig, das über



Jahrzehnte gesammeltes Wissen und die Erfahrungen weiterzugeben, so Michael Seelig. Aber: „Nach dem Dagegen wäre es jetzt an der Zeit, das Wofür zu definieren und sich für die Umsetzung von konkreten Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen im Landkreis zu engagieren. Alles Große beginnt im Kleinen.“

► Regionale Atom-Themen

Tatsächlich stehen in der Liste der Antworten auch regionale Aspekte sehr weit oben, angeführt allerdings wieder von der Thematik Atom. So wünscht sich Jan Becker grundsätzlich Standortarbeit zum Thema Atommüll und damit keine Umorientierung zu neuen Themen: „Es fehlt noch das Zuschütten des Schachts und der Abriss der Pilotkonditionierungsanlage.“ Zudem sei das Zwischenlager unsicher, über einhundert Castoren würden dort noch Jahrzehnte bleiben. Die BI müsse hier größtmögliche Sicherheit fordern, die nur durch einen Hallen-Neubau erreicht werden könne. „Und schließlich dürfen die LKW-Transporte quer durchs Wendland im Zusammenhang mit dem Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle nicht vergessen werden. Die BI wird weiter wachsam auf die Atomgeschäfte rund um Gorleben schauen müssen. Der Atommüll bleibt hochgefährlich und der Standort Gorleben damit im Fokus.“ Ähnlich sieht das Asta von Oppen, die die Notwendigkeit der Begleitung von sicherheitstechnischen und juristischen Fragen rund um die Zwischenlager unterstreicht.

► Artenschutz

Als zweitwichtigster Punkt im regionalen Kontext wird der Schutz der Artenvielfalt genannt. Die sei auch deshalb in Gefahr, weil längst bestehendes EU-Recht wie die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie nicht sachgerecht in nationales Recht der Bundesrepublik um-

gesetzt wird, so Willy Harges. „Ich habe vor ein paar Jahren eine Beschwerde über die mangelhafte Ausweisung der Schutzgebiete hier im Landkreis an die EU gerichtet. Sie wurde in das Klageverfahren aufgenommen. Hier gäbe es für die BI ein weites Betätigungsfeld. War bei den Atomanlagen immer die Rede von Millionen Jahren an Strahlung, der der Mensch ausgesetzt ist, so haben wir im Artenschutz Millionen Jahre Evolution, die durch die Spezies Mensch innerhalb von zwei, drei Generationen vernichtet wird, wenn diese Spezies so weitermacht.“

► Mahnende Stimmen

In der Gesamtschau benennen die Antworten auf die Umfrage eine Fülle von umwelt- und gesellschaftspolitischen Themen. Weit mehr Bereiche werden genannt, als die BI wird bearbeiten können. Und so gibt es auch mahnende Stimmen, sich nicht zu verzetteln: So plädiert eine Wendländerin dafür, internationale Arbeit nur noch auf Anfrage zu leisten und die Teilnahme an internationalen Konferenzen auf solche zu beschränken, auf denen Sicherheitskonzepte und Grundvoraussetzungen für die Endlagerung diskutiert werden. Ein internationales politisches Engagement sei vor allem dann nicht sinnvoll, wenn es nur um allgemeine Fragen zur Nutzung der Atomkraft gehe und die BI nicht explizit um Unterstützung angefragt worden sei. Auch Willem Wittstamm sieht die Zukunft der BI an Grundvoraussetzungen geknüpft: „Bleibt das ‚Duo Region und Atom‘ das Kernthema, wird die Zahl der Mitglieder unweigerlich sinken. Damit sind finanzielle Probleme absehbar. Andere Umweltthemen regional zu begleiten, dafür braucht es die BI nicht. Die mögliche Strahlkraft, die ich bei uns noch sehe, sind die Handvoll Fachleute und die *Gorleben Rundschau*. Wenn die Bürgerinitiative Referententätigkeit auf nationaler und internati-

onaler Ebene oder bei Fachtagungen hier vor Ort leistet, wenn die *Gorleben Rundschau* überregional wirken kann, dann macht die BI weiter Sinn. Und meinerwegen einmal im Jahr ein ‚Weisste-noch-damals-Treffen‘, weil: Wir war'n schon tolle Hechte.“

Zur Ausrichtung künftiger BI-Arbeit verweist Susanne Kamien auf die Satzung des eingetragenen Vereins: *Zweck des Vereins ist die Förderung des Umweltschutzes*. „Die BI wurde gegründet, um sich mit Umweltfragen zu beschäftigen und hat daher auch ein breites und überparteiliches Spektrum an Mitgliedern. Sie darf auf keinen Fall in eine linke Allzweckwaffe umgewandelt werden, in dem Jede/-r seine/ihre ideologische Selbstverwirklichung ausleben möchte. Umwelt-, Klima- und Naturschutz sind die Themen der BI, nicht Antifa, Rassismus, Verschwörungstheorien, Grundeinkommen und der liebe Gott!“

► Fazit

Knapp fasst es die Goldschmiedin Brita Kärner zusammen: Es brauche die „kritische Begleitung umweltpolitischer Entscheidungen: Energie, Agrar, Tier-

wohl und all der anderen Pflanzen und Tierwelten. Weitermachen!“

► Ein anderer Ansatz

Ein nächstes Level der BI-Arbeit kann sich Mathias Edler vorstellen: „Mit der Aufgabe des Endlagerprojektes fällt eine Identität des Wendlands weg, die auf dem Mythos der Freien Republik, dem Hüttendorf begründet war und die uns als Kristallisationspunkt der gesamten Atomfrage bundesweit ‚besonders‘ gemacht hat. In zehn Jahren sind wir ein Landkreis wie Rothenburg/Wümme oder Uelzen – wenn wir nichts dafür tun, eine neue Identität aus der alten heraus zu schaffen. Die Gegenseite von CDU bis UWG [Unabhängige Wählergemeinschaft] freut sich: Nach der Aufgabe des ewigen Streitpunktes kann man endlich zur Sachpolitik zurückkehren – und die heißt Autobahnbau und Industrieansiedlung. Dabei könnten wir gemeinsam mit den strukturschwachen Nachbarregionen Altmark und Prignitz jetzt die Vorreiter für echtes regionales Wirtschaften in einer naturbelassenen Region mit dem höchsten Ökoflächenanteil in Deutschland werden. Die BI könnte hier durchaus eine Rolle spielen!“



► Über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Widerstands gegen Hegemonialmächte.

Unter diesem Titel hatte die +BI am 44. Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens am 22. Februar zu einer zweistündigen Zoom-Konferenz eingeladen. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin Anja Marwege. Die Idee zur Veranstaltung entsprang einer Kontroverse innerhalb des BI-Vorstands: „Sollten wir den Tag aus dem Widerstandsgedächtnis streichen? Wo steht die BI heute, nachdem der Salzstock Gorleben-Rambow nach über 40 Jahren Widerstand als künftiges Atommüllendlager aus dem aktuellen Suchverfahren herausgeflogen ist? Welche Arbeitsschwerpunkte werden in der Zukunft an Bedeutung gewinnen?“



Noch vor einem Jahr kamen im Café Grenzbereiche in Platenlaase rund 120 Menschen zusammen, die BI präsentierte damals das „Gorleben-Kapitel“, mit dem sie unterstrich, warum der Salzstock Gorleben-Rambow aus geowissenschaftlicher Sicht schon

im ersten Vergleichsschritt bei der Endlagerung aussortiert werden müsste. Am 28. September letzten Jahres wurde der Traum Wirklichkeit. Ist die BI nun arbeitslos? Mit von der Partie vor einem Jahr waren Dozent/-innen und Studierende der TU Braunschweig, sie präsentierten in Form eines Mapping ihre Arbeitsergebnisse, die auf eine Studienwoche im Wendland zurückgingen. In diesem Jahr stellen die Professorin Tatjana Schneider und ihr Team vom Institut für Geschichte und Theorie der Architektur und Stadt (GTAS an der TU Braunschweig) ihr kleines Buch vor, das diese Beschäftigung im und mit dem Wendland im Kontext der Forschungs- und Lehrthemen des Instituts beleuchtet.

Der Ansatzpunkt ihrer Erkundungen ist die Frage, wie sich im Wendland – beginnend mit dem Widerstand gegen die Standortbestimmung 1977 – engagierte und lebendige Räume der Emanzipation ausbilden. Vor zwei Jahren hatten die Studierenden eine in diesem Sinn politische und materielle, gegenwärtige und erinnerte Landschaft durchstreift und dabei einzelne ihrer Aspekte zur Darstellung gebracht. „Zum Beispiel Gorleben“, heißt das Buch, und im Untertitel weiter: „Über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Widerstands gegen Hegemonialmächte“. es kann heruntergeladen werden unter:

https://publikationsserver.tu-braunschweig.de/receive/dbbs_mods_00069317

Übertragung des ersten Beratungstermins der *Fachkonferenz Teilgebiete*

Schmallippig im Breitband

So lief der erste Beratungstermin der *Fachkonferenz Teilgebiete*

Partizipation? Die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung in der 1. Phase des Standortauswahlverfahrens bei der Suche nach einer tiefengeologischen Atommülldeponie ist im vollen Gange. Vom 5. bis zum 7. Februar fand der erste Beratungstermin der *Fachkonferenz Teilgebiete* statt. Wolfgang Ehmke kommentiert den Verlauf der Konferenz.

Gorleben hat 40 Jahre lang gezeigt, wie man's nicht machen kann. Jetzt ist Gorleben raus aus dem Suchverfahren für ein Atommülllager. Die neue Endlagersuche läuft, und das große Thema lautet: Wohin mit dem Atommüll? Grundlage der aktuellen Beratungen ist der Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), der Ende September 2020 vorgelegt wurde.

Der erste Marathon jener Beratungen hat Anfang Februar stattgefunden: Drei Tage lang saßen Hunderte vor den Bildschirmen, am Ende mit tränenden und quadratischen Augen. Hinzu kamen Zumutungen, die durch wackeliges Internet, technische Pannen und undurchsichtige Strukturen bestimmt wurden. Durchgängig hieß es „Hören Sie mich?“ – „Haben Sie Ihr Mikro eingeschal-

tet?“ – „Ich bin jetzt wieder raus!“ Verantwortlich für diese Form der Bürger/-innenbeteiligung ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Trotz aller Kritik unter Hinweis auf die Beschränkungen als Folge der Corona-Pandemie, hielt das BASE an diesem Termin und diesem Format fest und lobte sogar die digitale Reichweite: Zu einer Präsenzveranstaltung wären womöglich nicht so viele Menschen angereist.

Ein solches Format mag für Menschen passen, die sich lediglich informieren wollen. Für Interventionen, Beratungen, ja auch für Impulsvorträge kommt man bei den rein digitalen Formaten aber schnell an Grenzen: Stimmen und Stimmungen kann man nur sehr schwer einfangen und darauf reagieren. Das gilt auch für die

Vortragenden – man weiß nicht, ob das, was man vorträgt, „ankommt“, man spricht nicht vor einem Publikum, spürt dessen Reaktionen nicht auf, kann darauf nicht eingehen.

Dennoch: Martin Donat, der Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), und ihr Sprecher, der Autor dieses Texts, haben mit Impulsvorträgen auf der Konferenz dazu beigetragen, dass am Schlußtag doch noch Weichen gestellt wurden: Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, beim BASE zu beantragen, den nächsten Beratungstermin um drei Monate zu verschieben. Denn einerseits ist erneut klar geworden, dass ein rein digitales Format nicht dazu geeignet ist, zu intervenieren, Verabredungen zu treffen, um Positionen und Beschlussvorlagen zu erarbeiten. Darüber hin-

aus wurde die Kritik der BI an dem wenig aussagekräftigen BGE-Zwischenbericht von vielen Teilnehmenden geteilt. Mit der Verschiebung des zweiten Termins soll der BGE soll die Gelegenheit gegeben werden, ihren Bericht zu aktualisieren.

► „Karte der Illusionen“

Und das ist wohl auch bitter nötig: Die gesetzlichen Ausschlusskriterien wie etwa Vulkanismus, Erdbebengefahr und alte Bergbaugebiete haben zwar dazu geführt, dass beispielsweise große Teile Nordrhein-Westfalens von der Endlagersuche ausgenommen wurden und überall auf der Deutschlandkarte weiße Flecken, die den Ausschluss markieren, zu erkennen sind.

Doch schon bei der Anwendung der Mindestanforderungen sieht es etwas anders aus. Zwar liegen für 65 Prozent des Bundesgebiets 3D-Modelle des Untergrunds vor, doch diese sind bei näherer Betrachtung nur zum Teil eine Abbildung des geologischen Untergrunds, sie basieren laut BGE teilweise auf „fachlich begründeten Vermutungen erfahrener Geologen“.

Auch bei den Abwägungskriterien musste die BGE überwiegend auf sogenannte „Referenzdaten“ zurückgreifen. Die werden teilweise „anhand von Fachliteratur“ beschrieben, die lediglich allgemein günstige Bedingungen von Ton und Kristallin darstellt. So wurden keine standortspezifischen, sondern nur sogenannte „gebiets-spezifische“ Informationen verwendet, bei denen ausschließlich die Tiefenlage, die Mächtigkeit und die Flächenausdehnung des Gebietes eingehen. In der Folge blieben die Kristallin- und Tongebiete, die die BGE als geologisch günstig ausweist, riesig.

Als Quelle derartiger Beschreibungen rekurriert die BGE unter anderem auf den Band „Mineralogie“ von Martin Okrusch und Siegfried Matthes aus dem Jahr 2009. Dafür erntete sie bereits heftige Kritik und macht es Skeptikern, die allein ihre Länderinteressen im Blick haben, leicht, zu intervenieren. So spottete Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler), die Ausweisung der Gebiete hätte auch „ein Geologiestudent im dritten Semester“ geschafft. „Kar-

te der Illusionen“ nennt Jochen Stay von der überregionalen Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt die Übersicht, die die BGE am 28. September präsentierte.

Auch von fachlicher Seite wurde das BGE-Vorgehen inzwischen kritisch hinterfragt: Der Edinburger Geologe Dr. Florian Füsseis wies süffisant darauf hin, dass die BGE die Referenzdaten aus einem „Anfängerlehrbuch“ entnommen hätte – und noch nicht einmal aus dessen aktueller Ausgabe.

► Kritik aus den Geologischen Landesämtern

Inzwischen haben sich auch die Geologischen Landesämter zu Wort gemeldet. Roland Eichhorn ist Abteilungsleiter für Geologie am bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU). Er merkte an, dass das Landesamt für das vorgestellte Teilgebiet 9 der BGE 57 Bohrungen mit Teufen zwischen 300 und weniger als 1600 Meter übermittelt hatte, von denen keine einzige Bohrung im betrachteten Teufenbereich der BGE (300 bis 1300 Meter unter der Geländeoberfläche) Kristallingestein angetroffen hat. Prof. Dr. Eckhardt vom Landesamt für Geologie Baden-Württemberg bemängelt die Arbeitsweise der BGE in ähnlicher Form. So seien Bohrergebnisse etwa für das Teilgebiet 9 nicht berücksichtigt, angeblicher Granit mit vorhandenem Schiefer verwechselt worden, und für das Teilgebiet Nr.1 werde die Mächtigkeit des Opalinustons in Zweifel gezogen.

Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) in Sachsen äußert sich in seiner Fachstellungnahme zum Zwischenbericht Teilgebiete der BGE ebenfalls sehr kritisch: „Die Abweichung liegt darin begründet, dass die Wirtsgesteine Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein in einigen Regionen der in Sachsen ausgewiesenen Teilgebiete nicht vorkommen. Bei einer entsprechenden Korrektur würde sich die Fläche der potenziellen Teilgebiete in Sachsen von aktuell 62 Prozent auf 29 Prozent der Landesfläche reduzieren.“

Schließlich fordert die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in ihrer Stellungnahme, wo immer möglich müsse der Vorrang der tatsächlichen Datenlage gegeben werden; die BGR bezweifelt angesichts der

Feedback an das Nationale Begleitgremium

Das Nationale Begleitgremium (NBG) begleitet das Standortauswahlverfahren, insbesondere die Öffentlichkeitsbeteiligung, und reflektiert die *Fachkonferenz Teilgebiete*. Dabei will es als Ansprechpartner für die Öffentlichkeit vor allem den Teilnehmenden der Veranstaltung zuhören und Eindrücke sammeln. Wie zufrieden waren die Teilnehmenden mit den Rahmenbedingungen? Konnten sie sich untereinander vernetzen? Welche Themen haben gefehlt oder einen zu großen Raum eingenommen?

Am Montagabend nach der Konferenz fand die erste Feedback-Veranstaltung statt. Mit über 100 Menschen kam das NBG in einer Videokonferenz ins Gespräch. Begleitend zu diesem Angebot gab es die Möglichkeit, an einer anonymen Umfrage teilzunehmen sowie Eindrücke, Anregungen oder Kritik anonym auf einer digitalen Pinnwand mitzuteilen. Während der Videokonferenz bot der Chat Gelegenheit, miteinander zu diskutieren. Herausgearbeitet wurden vor allem die folgenden Punkte:

- Es gab viel Lob für die Arbeit der Mitglieder der AG Vorbereitung. Die ehrenamtliche Arbeit sollte jedoch besser anerkannt werden. Es wurde eine stärkere Unabhängigkeit der Gruppe vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) bzw. der Geschäftsstelle *Fachkonferenz Teilgebiete* des BASE formuliert.
- Positiv hervorgehoben wurde auch, dass es mehr Möglichkeiten für den Dialog als bei der Auftaktveranstaltung im Oktober gegeben habe. Dennoch gibt es hier noch viel Luft nach oben, sodass eine echte Vernetzung der Teilnehmenden geschaffen werden kann.
- Nach überwiegender Ansicht habe sich die Selbstorganisation der *Fachkonferenz Teilgebiete* bewährt.
- Allerdings gab es deutliche Zweifel daran, ob man die für einen breiten gesellschaftlichen Konsens erforderliche Öffentlichkeit erreicht habe. Auch die junge Generation habe man bisher nicht in ausreichendem Umfang erreicht. Es hätten sich auch zu wenige Teilnehmende (nur ca. 25 %) an den Abstimmungen beteiligt. Hier müsse noch mehr informiert und getan werden.
- Es gab deutliche Kritik am digitalen Format, insbesondere der Beteiligungsplattform und ihren dialogischen Möglichkeiten sowie der Moderation.
- Das NBG wurde aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Beschlüsse der *Fachkonferenz Teilgebiete* sowie die Anträge, die trotz Erfüllung der Beratungsvoraussetzungen nicht beraten worden sind, öffentlich gemacht werden.

Vorgehensweise der BGE die Gewährleistung der Verfahrensgechtigkeit.

Deutlich wird trotz aller „Artigkeiten“: Der BGE-Bericht kam zu früh. Dessen mangelnde Aussagekraft fügt der Liste der Imponderabilien des Suchverfahrens ein weiteres, erhebliches Manko hinzu.

► Partizipationslücke im entscheidenden Schritt

Ein Fehler des Standortauswahlgesetzes (StandAG), der durch die fachliche Kritik nun für alle sichtbar wurde, liegt unter anderem darin, dass sich – nach dem Wortlaut des StandAG – die *Fachkonferenz Teilgebiete* nach sechsmonatiger Beratung auflösen muss. Auf diese „Partizipationslücke“ in der entscheidenden Phase, in der die BGE von 54 Prozent der Landesfläche den Fokus auf nur noch 200 Quadratkilometer Fläche herunterbrechen muss, um den Suchscheinwerfer auf nur noch sechs bis acht Standortregionen zu richten, wiesen Jürgen Voges für den BUND und der Autor dieses Texts für die BI in ihren Redebeiträgen hin.

Die Teilnehmenden am ersten Beratungstermin im Februar forderten deshalb mit großer Mehrheit, die Arbeit der *Fachkonferenz Teilgebiete* zu verstetigen und sich nicht nach sechs Monaten auflösen zu müssen. Der Vorbereitungsgruppe soll zudem ein Ausgleich für ihren Verdienstausschlag gewährt werden.

Man kann gespannt sein, ob das BASE den Ball aufnimmt, immerhin bietet das StandAG dafür durchaus die Voraussetzungen: So kann das Amt die Mitwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft über die Mindestanforderungen hinaus ausweiten.

Für viele ist das die Reißleine: Wenn das BASE sich nicht bewegt, wird die Bereitschaft sinken, an der *Fachkonferenz Teilgebiete* weiter mitzuwirken.

► Gorleben – der untote Standort?

Die Entscheidung der BGE, den bisherigen Endlagerstandort Gorleben bei der Suche nach einer Deponie für die Atommülllagerung schon im ersten Auswahlschritt auszusortieren, lässt den einstigen Gorleben-Fürsprecher/-innen offensichtlich keine Ruhe.



► Technische Probleme und mangelnde Möglichkeit der Beteiligung machten die Teilnahme an der Fachkonferenz Teilgebiete bisweilen ermüdend.

Im Zwischenbericht der BGE fiel Gorleben unter anderem wegen des wasserdurchlässigen Deckgebirges über dem Salzstock raus. Aus einer gesonderten Stellungnahme der BGR spricht nun klar erkennbar der Versuch, diese BGE-Entscheidung zu diskreditieren. Was für Laien nicht leicht nachvollziehbar als kleinlicher Disput um die „Überdeckung“ des Wirtsgesteins Salz oder das „Deckgebirge“ daherkommt, zielt darauf, die Gorleben-Entscheidung der BGE zu revidieren. Auf der Beratungskonferenz trug Jan Richard Weber für die BGR diese Position erneut vor.

Die BGR bleibt damit ihrer Tradition verhaftet: Gemeinsam mit der DBE Technology (heute BGE-Technology) und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) hatte dieses Trio wiederholt in unterschiedlichen Forschungsverbänden daran gearbeitet, ein Nachweiskonzept für die Sicherheitsbewertung von Endlagern für hochradioaktive, wärmeerzeugende Abfälle in der Wirtsgesteinsinformation Salzgestein zu entwickeln. Der Salzstock Gorleben-Rambow diente als Referenzstandort, unter anderem mündeten die Stellungnahmen sogar in eine Eignungsaussage. Untote haben aber bei der Endlagersuche hoffentlich keinen Platz.

► Kuriositäten

Von den „Wahlen“ zur Besetzung einer Gruppe, die den nächsten Beratungstermin vorbereiten soll, gibt es indes Kurioses zu vermelden.

den. Es gab nämlich erstens so wenige Menschen, die sich bereit erklärten, die Lenkungsfunktion mit zu übernehmen, dass fast Jede/-r, der/die sich bereitfand, zu kandidieren, automatisch gewählt wurde. Jeweils drei Posten für jede der vier im StandAG ausgewiesenen Gruppen (Bürger/-innen, Kommunen, Wissenschaft und Vertreter/-innen aus Verbänden) wurden ausgelobt. So wurde auch eine Frau Wendland, die mit dem Wendland nichts zu tun hat, als Wissenschaftlerin gewählt. Anna Veronika Wendland ist Beisitzerin im Pro-Atom-Verein „Nuklearia“, zu ihren Mitstreiter/-innen gehört auch der Diplomphysiker Christoph Barthe, ein AfD-Mann, der sich unter anderem dafür einsetzt, die BGE-Entscheidung, den Salzstock Gorleben-Rambow im ersten Vergleichsschritt auszusortieren, zu revidieren.

Kurios ist auch, dass sich Leute im Fichtelgebirge offenbar verabredet hatten, die Konferenz zu kapern. So wurden in den Sparten Bürger/-innen, Kommunale Vertreter/-innen und Verbände Menschen aus Wunsiedel und Umgebung mit großen Mehrheiten gewählt. Der *Tageszeitung* liegen E-Mails vor, die untermauern, dass es derartige Absprachen in der Region gegeben hat. Ob dahinter der naive Glaube steht, auf diesem Weg der NIMBY-Forderung „Kein Endlager im Fichtelgebirge“ Nachdruck verleihen zu können, wird sich zeigen. NIMBY steht für „not in my backyard“, zu Deutsch: „nicht in meinem Garten“. Verantwortung geht anders.

Endlagersuche

Seit Herbst 2017 läuft das neue **Suchverfahren für ein Lager für hochradioaktive Abfälle**. Die letzten deutschen Atomkraftwerke werden 2022 vom Netz gehen. Bis dahin werden 30000 Kubikmeter strahlender Abfall angefallen sein, für die ein Lager benötigt wird. Das Auswahlverfahren wurde von der Atommüll-Kommission (2014-2016) vorbereitet und durch das 2017 überarbeitete Standortauswahlgesetz vom Bundestag verabschiedet. Dabei wird schrittweise eine Eingrenzung von Regionen vorgenommen, die für ein Atommüll-Lager in Frage kommen. Welche Schritte genau festgelegt wurden und an welchem Punkt das Verfahren aktuell steht, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung dazu aussieht und welche Punkte kritisch zu bewerten sind, wird auf einer Website des BUND dargestellt: www.atommuell-lager-suche.de

Gesetze | Verordnungen

Standortauswahlgesetz (StandAG) – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle. Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.

Teilgebiete – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG)

Standortregionen – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15)

Standorte – die untertägig erkundet werden sollen (§16)

Kriterien | Anforderungen

Ausschlusskriterien – Gebiete, die großräumigen Vertikalbewegungen und Einflüssen aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit unterliegen oder Regionen mit aktiven Störungszonen, seismischer oder vulkanischer Aktivität oder in denen junges Grundwasser vorkommen, werden ausgeschlossen

Mindestanforderungen – Damit Regionen als Standort für die Lagerung des hoch radioaktiven Abfalls in Frage kommen können, müssen folgende Mindestanforderungen gelten: Die Gebirgsdurchlässigkeit muss gering sein, dies soll gewährleisten, dass kein Wasser eindringt. Die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 100 Meter betragen. Die minimale Teufe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 300 Meter unter der Erde liegen. Die Fläche muss ausreichend groß für ein Endlager sein. Und schließlich muss die Barrierewirkung erhalten sein

Geologie

Deckgebirge – Darunter werden entsprechend den „Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle, Stand 30.09.2010“ die den einschlusswirksamen Gebirgsbereich überlagernden Gesteinsserien verstanden.

Behörden | Kommissionen | Institutionen

BASE – Im **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung** werden alle behördlichen Aufgaben gebündelt, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu tun haben.

BGE – Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** ist designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist das ►BASE.

BGE Tec – Die **BGE Technology** ist ein Tochterunternehmen der ►BGE entwickelt Konzepte für Endlager für radioaktive Abfälle und testet dafür neue Technologien und Prozesse. Sie untersucht und erprobt Materialien für die Verfüllung und den Verschluss von Endlagern und Bergwerken.

BGR – Die **Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe** ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums und fungiert als zentrale geowissenschaftliche Beratungseinrichtung. Die BGR ist auch als Forschungsinstitut tätig und bearbeitet u.a. die Geologie der kontinentalen, marinen und Energierohstoffe sowie der Bodenkunde.

DBE – Die **Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH** war ein auf Planung, Erkundung, Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle spezialisiertes Unternehmen. Es ging 2017 zusammen mit der Asse-GmbH und Teilen des Bundesamts für Strahlensicherheit in der ►BGE auf.

DBE Tec – Die Ingenieurgesellschaft **DBE Technology** war ein Tochterunternehmen der ►DBE. Schwerpunkte lagen in den Bereichen Endlagerung radioaktiver Stoffe, Entwicklung von Entsorgungsstrategien und Planung von Entsorgungsmaßnahmen, Bergbau, Kavernenbau, Tunnelbau und Tiefbau. 2018 wurde die DBE Tec zur ►BGE Tec.

GRS – Die **Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit** gGmbH ist eine technisch-wissenschaftliche Forschungs- und Sachverständigenorganisation mit mehr als 350 Wissenschaftlern. Sie bewertet die Sicherheit technischer Anlagen.

NBG – Das **Nationale Begleitgremium** ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.



Wolf Biermann 1980



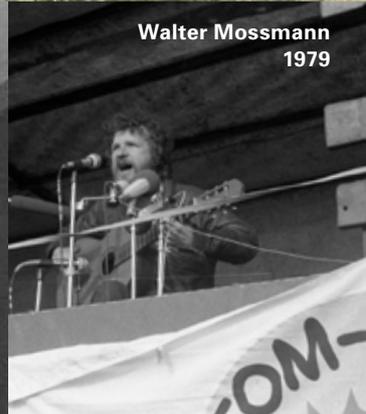
Xamba 2014



Tanz auf dem Vulkan, 1982



Nicolas Born
1978



Walter Mossmann
1979



Die Toten Hosen
1995



Werkstatt
Rixdorfer Drucke



fotografierende, filmende, schreibende
Medienvertreter/-innen



Freie Bühne Wendland
2017



Uta Helene Götz, 1982



Theaterwehr Brandheide, 1979



Musenpalast, Castor 2010



Klaus der
Geiger
2019

Ein Kunststück ohne Kunst?

Das Aus für Gorleben war auch Verdienst der Kulturschaffenden

Rückschau Es gibt Tage im Leben, die man nie vergisst. Wie eingebraunt ist dann der Augenblick, der alles verändert, der 9. November 1989 zum Beispiel, mit der Grenzöffnung und dem Mauerfall: Fast jeder weiß heute noch, wo er damals war. Solch einen Moment, in dem die Geschichte still zu stehen scheint, erlebte Axel Kahrs am 27. September letzten Jahres.

Wir waren zu einer Buchpräsentation an den Schaalsee gefahren, abends im Hotel schob mir meine Frau wortlos das Handy über den Tisch: Das Endlager Gorleben ist raus! – so leuchtete das Display auf. Innerhalb einer Sekunde verwandelte sich der Raum, verschob sich die Zeit. Mein Kopf suchte zu begreifen, dass der Widerstand gegen den Atommüll, den ich seit meiner Rückkehr aus dem Studium im Wendland unterstützte, Erfolg hatte. Die ganze Nacht über lag ich schlaflos, unzählige erlebte Augenblicke, Bilder, Worte, Gefühle und Gedanken stürmten auf mich ein.

In den folgenden Tagen kam die kalte Dusche, führende Politiker- und Wissenschaftler/-innen erklärten gelassen, dass damit zu rechnen war, man habe schon lange gewusst, dass der Salzstock untauglich ist, es sei doch alles zu erwarten gewesen, wie es nun gekommen ist. Ich stand da wie ein begossener Pudel, wir wurden abgeräumt wie die Bauern auf dem Schachbrett.

Doch wir wollten feiern, den Etappensieg auskosten, zurückblicken, Kraft tanken. Vorm Erkundungsbergwerk überwog am Sonntag darauf gute Laune, der Jubel galt den Treckern und ihren Besatzungen. Viele Redner/-innen dankten all denen, die nun den Lohn für Jahrzehnte langes Engagement einfuhren. Großer, anhaltender Applaus galt Anna und Andreas von Bernstorff, die stets mehr als nur Galionsfiguren waren. Ein großer Dank ging an die Bürgerinitiative, die Mutter der Bewegung, und ihre zahlreichen Kinder wie die Bäuerliche Notgemeinschaft, die Rechtshilfe und und und. Doch ich wartete leider bis zum Ende vergeblich: Kein/-e Redner/-in kam auf die Idee, die Rolle von Kunst und Kultur zu erwähnen, geschweige denn, sie zu würdigen. Konnte das sein? War wirklich alles vergessen oder unwichtig, ein Nebenbei, was zahlreiche Künstler/-innen in den verflorenen über vierzig Jahren zum Protest beitrugen?

Ich dachte dabei an die kernigen, oft gereimten Sprüche, die Peter Rühmkorf einmal das „Volks-Vermögen“ nannte, und die auf den Demos belacht und beklatscht wurden: „Macht euch vom Acker, ihr Strahlenkacker“, dazu wurden Zitate aus dem Bauernkrieg vom „armen Mann“ und den „hohen Herren“ aktuell. Dann gab es Uwe Bremers und Eberhard von Platos in der EJZ ausgetragene Versfehde („Nimm Deinen Schlepper, pflüg Dein Land / und leg die Feder aus der Hand“ - „Wenn zur Feder greift der Bauer / wird so mancher Grüne sauer“), den Protestchor „Singendes Wendland“ mit den schlichten Liedern von Fred Denger. Die Blasmusik begleitete einen Ministerbesuch mit markigen Tönen aus dem Gesangbuch: „Kommet zu Hauff, Psalter und Harfe, wacht auf ...“ Hinzu kamen Künstler/-innen von außerhalb und wirbelten die Szene durcheinander, die „Theaterwehr Brandheide“ präsentierte ihr Stück „Heiße Kartoffeln“ und die Wendländische Filmkooperative dokumentierte den Alltag des Protestes. Uta Helene Götz spiegelte die bedrohte Natur in ihren Grafiken, später kamen Klaus der Geiger, die Clowns und die Samba-Trommler. Die Oyster-Band begeisterte die Widerständler/-innen, und Campino mit den Toten Hosen rockte den Castor.

Die Journalisten reisten an und hielten alles für die Nachwelt fest, Günter Zint, Kai Krüger oder Kai Hermann: „Albrecht, wir kommen“. Und was wäre das Leben in der „Freien Republik Wendland“ auf 1004 ohne Walter Mossmanns „Lied vom Lebensvogel“, in dem „der Totengräber sein eigene Grube gräbt“, ohne den verqueren Wolf Biermann, der „Gorleben soll leben“ mit der Gitarre intonierte und leise anfügte: „Der Rest der Welt soll's auch!“ Bei der Räumung sangen alle sein Lied „Du lass Dich nicht verhärten ...“. In Gümse hatten die Rixdofer Drucker um Uwe Bremer ihren „Entsorgungskalender“ fertig gestellt, ihr Nachbar Nicolas Born schrieb das immer noch gültige



„entsorgt“-Gedicht und redete auf der ersten Kundgebung Klarheit, so, wie später der Schriftsteller Andreas Maier, dessen „Legende vom Salzstock“ in der ZEIT die sprachlichen Lügen der Castor-Transporteure aufdeckte. Autor Hans Christoph Buch gab tiefe Einblicke in den Treck nach Hannover mit seinem Tagebuch „Aus dem Inneren der Unruhe“. Nie ging es ohne Kunst und Kultur, nicht beim Gorlebener Gebet, bei der Aktion „ich stelle mich quer“, schon gar nicht bei HA Schult mit seinen „trash people“ im Bergwerk.

Eine Auswahl nur, aber ein eindrucksvoller Beleg für die große Kunst-Szene im Widerstand, für die kreativen Beiträge, die originelle Unterstützung. Danke!

Wie wird es weitergehen? Vor ein paar Tagen kam die Nachricht, dass die Schriftstellerin Judith Schalansky, der wir wichtige „Naturkunden“ und Impulse zum „nature writing“ verdanken, den Nicolas Born-Preis des Landes Niedersachsen erhalten hat. Sie antwortete in Ihrer Rede mit einem freien Blick auf das naturnahe Wendland, das lebensfeindliche Atom und auf den Dichter Born, in ihren Augen Sinnbild einer engagierten und kreativen Künstlerexistenz. Die Kunst lässt nicht locker – was wird in Zukunft von den Künstler/-innen, egal ob Dichter, Schauspieler, bildender Künstler, Filmemacherin, Musiker oder Journalistin zu erwarten sein? Werden sie trösten oder ermutigen, uns nachdenklich oder entschlossen machen? Die Halbwertszeiten des Atommülls lassen genügend Spielraum für neue Geschichten und Gedichte, Bühnenstücke, Bilder, Plastiken, Fotos, Filme, Lieder und Reportagen aus dem Wendland, ein Dornröschenschlaf steht gewiss nicht an ...



Ganzes im Blick

(Fast ein) Portrait Manchmal kommt es anders als man denkt. Manchmal ist das gar nicht schlimm. Dieser Artikel von **Andreas Conradt** ist so ein Manchmal.

Eigentlich werden an dieser Stelle Menschen portraitiert, die über Nachhaltigkeit, über Suffizienz und, ja, auch Resilienz nicht nur sprechen, sondern sie, vorzugsweise im Wendland, tatsächlich vorleben. So sollte es auch in dieser Ausgabe sein – und dann überschlugen sich die Ereignisse: Die Autorin war verhindert, der Kontakt zum Portraitierten noch nicht hergestellt, der Drucktermin nah. Also zurücklehnen. Durchatmen. Den Blick aufs Ganze nehmen.

Nach fast 50 Jahren des über weite Strecken nur behaupteten staatlichen Umweltschutzes – dessen Ära begann mit der ersten UN-Umweltschutzkonferenz 1972 in Stockholm – sind wir heute an einem Punkt, an dem ein Verhindern des Klimawandels nicht mehr möglich ist. Abmildern ist allenfalls noch das Gebot der Stunde, verhindern, was noch zu verhindern ist. Dazu allerdings ist jetzt – nicht morgen, nicht einmal nur heute, sondern wirklich jetzt! – staatliches Handeln notwendiger denn je. Seit der Konferenz in Stockholm, so schreibt es einer

der weltweit führenden Wissenschaftler, der Engländer Lord Martin Rees, habe es dort aber nichts weiter gegeben als ein kollektives Versagen. „Wir leben im ersten Jahrhundert von 45 Millionen Jahrhunderten, in dem eine Spezies – unsere – allein über die Zukunft der Erde entscheiden kann.“ Die Eigendynamik des Klimawandels wird sich fortsetzen, und zwar unabhängig davon, welche Regeln, Gesetze, Grenzwerte wir festschreiben und sogar weitgehend unabhängig von selbst kurzfristigen, selbst radikalen Maßnahmen. Dafür ist es zu spät, und die Menschheit ist auch meilenweit von „radikalen Maßnahmen“ entfernt. Keine Klimakonferenz, kein Abkommen der letzten 50 Jahre hat zu nennenswertem Handeln geführt, so dass einige der entscheidenden Elemente im Erdklimasystem bereits irreversibel gekippt sind und uns so den Klimawandel schon heute spüren lassen. Schon jetzt vollzieht sich der Wandel mit hoher Geschwindigkeit – und die wird in den kommenden Jahrzehnten noch drastisch zunehmen. Zu ändern ist das nicht mehr.

Der US-amerikanische Ökonom Dennis Meadows widerspricht darum auch der gängigen Aufforderung, die Welt retten zu müssen. „Der Planet wird sich selbst retten! Wir sollten uns vielmehr auf das Wesentliche konzentrieren und die globale, humane Gesellschaft retten. Sie wird deutlich anders gestaltet sein als die heutige.“ Meadows geht davon aus, die heutige Art der Industriegesellschaft aufgeben zu müssen, was in der Folge zum Schrumpfen der Weltbevölkerung führen werde. Meadows' Ansicht, dass die Anzahl der Menschen auf der Erde, der Energieverbrauch und die Stoffströme heute weit über das für die endliche Erde erträgliche Maß hinausgehen, klingt plausibel.

Schon 1972, im Jahr der Stockholmer Umweltschutzkonferenz, hatte Meadows in seinem ersten Buch die „Grenzen des Wachstums“ dargelegt. Doch auch danach kannten die Kennzahlen nur eine Richtung, nach oben: Die Weltbevölkerung hat sich seitdem verdoppelt, der Energieverbrauch stieg um das Zweieinhalbfache und der Verbrauch natürlicher Ressourcen gar um das Dreifache. Das Wachstum wurde al-

so keinesfalls begrenzt, sondern setzte sich fort, weit über die Belastungsgrenze des Planeten hinaus. Heute, so Meadows, ist nicht mehr nur Begrenzung, sondern ein Rückschritt unvermeidlich: „Palliative Programme sind beruhigend, das Grundproblem lösen sie jedoch nicht.“ Gemeint sind allenthalben von der Politik ausgerufene „Green Deals“ und „nachhaltige Entwicklungen“, die suggerieren sollen, dass der Klimawandel ohne Einbußen und gesellschaftliche Folgen gestoppt, gar rückgängig gemacht werden könne – nur durch den Einsatz moderner, grüner Technologie. Das wird nicht gelingen.

Benötigt werden vielmehr neue Ziele – jenseits vom Neuer, Größer, Teurer –, eine neue Bescheidenheit. Wenn ins kollektive Bewusstsein auch unreflektierter Menschen eindringt, Verzicht als das zu begreifen, was es einst war – ein Kümmern – und eine Flugreise als das, was sie eigentlich ist – eine Zerstörung von Lebensgrundlage – dann kann ein Umsteuern gelingen.

Wenn es uns aber nicht gelingt, dieses kollektive Bewusstsein herzustellen, dann werden soziale Ungerechtigkeiten und der fortschreitende Entzug von Lebensgrundlage – im eigenen Land und weltweit – weiter zunehmen bis es schließlich zu dem kommen könnte, was unter den erwähnten Unreflektierten schon heute als gegeben angesehen wird: die Öko-Diktatur. Doch nur der freiwillige Verzicht heute kann die drohende Öko-Diktatur von morgen verhindern. Dennis Meadows hat dazu den griffigen Slogan formuliert: „Langfristig überleben statt kurzfristig gewinnen“.

Nur diese kulturelle Anpassung, die eine von zwei Möglichkeiten der Adaption, geht schnell genug, um mit dem Tempo des Klimawandels schritthalten zu können. Die zweite Möglichkeit besteht nur theoretisch. Es ist die biologische Anpassung. Damit sich eine vorteilhafte Mutation in der gesamten Population verankern kann, dauert es bis zu 100 Generationen. Dennis Meadows: „Damit die humane Gesellschaft bestehen kann, müssen wir kulturelle Sitten entwickeln, die ein Leben mit wesentlich geringerer Bevölkerung, reduziertem Materialeinsatz und weniger Energie erlauben.“ Verzicht als Gewinn!



Am 22. Februar 1977 überraschte Ministerpräsident Albrecht mit der Entscheidung, bei Gorleben ein Endlager für Atommüll und eine WAA errichten zu wollen. Es sollte das größte Industrieprojekt Europas werden. Doch stattdessen begann das große Erwachen des Wendlands. Und viele der auswärtigen Demonstrant/-innen lernten den Landkreis schätzen und verlegten ihren Wohnsitz hierher. Drei Wochen nach der Standortbenennung fand am 12. März 1977 die erste Demonstration statt. 16000 Menschen versammelten sich auf der gespenstischen Waldbrandfläche bei Gorleben – der Widerstand hatte begonnen.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr

☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

かざぐるま KAZAGURUMA
DEMO

SA. 06. MÄRZ

BERLIN 12 UHR

BRANDENBURGER TOR

10 Jahre nach Fukushima

Atomkraft ist kein Klimaretter!

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname

Straße Hausnummer

PLZ, Ort E-Mail

Datum Unterschrift

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.